



Bürger*innenbrief

24. März 2026

Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

Die Linke

Aufruf zum Ostermarsch +++ NOlympia! Dabei bleibt's! +++ Hamburger Klimaplan +++ CDU entdeckt Heizungsgesetz +++ Tierversuche +++ In memoriam Rolf Becker +++ 45 Jahre BUND Hamburg +++ Taschenspielertricks wegen Olympia +++ Hamburger Bündnis gegen Rechts wird 20



Immer noch treffende Plakate von Klaus Staeck aus den 1970er-/1980er-Jahren – derzeit zu sehen auf dem Hachmannplatz.



Und da dachten wir doch ein paar Jahre, wenigstens *das* Thema sei durch ... (alle Plakatfotos von Michael Joho)

Liebe Leserinnen und Leser,

zu den vielen zweifelhaften Botschaften von den Krisen- und Kriegsgebieten der Gegenwart wie z.B. diese, der weltweite Hunger sei rückläufig oder der militärische Sieg über den Iran stehe kurz bevor, gesellen sich bisweilen ebenso skeptisch machende gesellschaftspolitische »Erfolgsmeldungen«. Beispielsweise diese in der »taz« vom 9. März: »Deutschland zieht an China vorbei«. Gemeint ist damit, dass die Bundesrepublik im vergangenen Jahr laut Angaben des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI zum viertgrößten Waffenexporteur der Welt aufgestiegen ist und damit die Volksre-

publik auf den fünften Platz verwiesen hat. Die Ausfuhr von Waffen im Wert von 13,11 Milliarden Euro hat die Bundesregierung bewilligt, der höchste Wert ever. Kann uns das wirklich froh stimmen? Bringt es nicht vielmehr das ND vom 11. März mit seiner Headline »Rüstungskonzerne jubeln über Kriege: Das Geschäft mit dem Tod« auf den eigentlichen Punkt?

Ein anderes Beispiel, »Die Zeit« vom 19. März. Da lautet eine Artikelüberschrift »Deutschland verbessert sich im Glücksranking«. Nach einem interdisziplinären, schon seit

Jahren kooperierenden Forschungsteam der Universität Oxford sind die Deutschen ab sofort das siebzehntglücklichste Volk der Welt, und damit um fünf Plätze besser als in 2025. So gut ging es uns danach noch nie. Beeindruckend, wie es der Regierung und überhaupt diesem Land gelingt, trotz Inflation und Mietenexplosion, trotz Sozialabbau und Kriegsbelastungen immer noch glücklicher zu werden. Oder handelt es sich hier um eine der positiven Meldungen, nach der angeblich so viele Menschen verlangen?

Ziehen wir noch den NDR heran, der am 17. März notierte: »Hamburger Hafen meldet Rekord bei Kreuzfahrt-Passagieren«. Mit 1,4 Millionen Schiffsreisenden ist ein neuer Kreuzfahrtrekord, sozusagen eine neue Bestleistung, erreicht worden, die Steigerung gegenüber 2024 betrug 9 Prozent. Auch wenn Hamburgs NABU-Chef Malte Siegert in einem taz-Interview vom 16. März meinte, eine boomende Branche mache es einfacher, sie zur Nachhaltigkeit anzuhalten, sei doch auf die anwachsenden Proteste gegen die Kreuzfahrtgiganten von Warnemünde über Rotterdam und Barcelona bis nach Nizza verwiesen.

So viel Waffenexporte, so viele Kreuzfahrten, so viel Glückliche wie noch nie? Eine fiese, unzulässige Betrachtung? Jedenfalls ein Anlass, auch die andere Seite ins Auge zu fassen und sich stärker den Sorgen der Menschen zuzuwenden. Beispielsweise den 6.613 Hamburger Haushalten, denen im letzten Jahr der Strom abgedreht wurde, 468 mehr als 2024, wie eine Kleine Anfrage der Linksfraktion ergab, der NDR berichtete am 23. Januar darüber. Mindestens 3.787 Obdachlose soll es laut letzter offizieller Zählung Anfang 2024 gegeben haben, wie »Hinz&Kunzt« damals berichtete. Alle mit dem Thema Be-

schäftigten und Bewohner*innen mehrerer Stadtteile wissen, dass es heute deutlich mehr Betroffene sind. Wofür auch spricht, dass in Hamburg in diesem Jahr, in gerade mal zweieinhalb Monaten, wahrscheinlich bereits 25 Obdachlose verstorben sind, so der NDR vom 18. März. Und gleich noch einer der bedrückenden »Rekorde«, die ein grelles Licht auf die sozialen Verhältnisse werfen. »Immer mehr junge Menschen sind wohnungslos«, titelte die taz am 19. März. Ende Januar 2025 sollen es inzwischen 137.100 Menschen unter 18 Jahren gewesen sein, dreimal so viel wie 2022.

Aus all dem folgt für uns, den vermeintlichen Erfolgsmeldungen kritisch zu begegnen und niemals den Blick auf die (un)sozialen Verhältnisse aus dem Auge zu verlieren. Eine gute Gelegenheit, sich solidarisch zu zeigen, ergibt sich in der Woche vom 31. März bis zum 5. April. In dieser Woche findet ein Aktionscamp von Betroffenen und Unterstützer*innen statt. Das Motto des »Bündnisses Solidarität statt Ausgrenzung« lautet: »Die Straße ist kein Zuhause. – Obdachlosigkeit abschaffen jetzt!«. Vielleicht sehen wir uns ja beim Aktionscamp auf dem Gerhart-Hauptmann-Platz?

Heike Sudmann und Stephan Jersch
Janine Burkhardt, Jens Schultz und Michael Joho

**»Denn die einen sind im Dunkeln
Und die anderen sind im Licht.
Und man siehet die im Lichte
Die im Dunkeln sieht man nicht.«**

(Aus der »Dreigroschenoper« von Bertolt Brecht, 1928)



Ansichtskarte des österreichischen Künstlers Richard Moser (1874–1924)

Für Frieden, soziale Gerechtigkeit und Abrüstung

Aufruf der Hamburger LINKEN zum Ostermarsch

Am Ostermontag, den 6. April, führt der alljährliche Ostermarsch die Hamburger Friedensfreund*innen zusammen. Nach einigen Jahren der Spaltung der Bewegung gibt es in diesem Jahr erstmals wieder eine gemeinsame Demonstration. Sie startet um 12.30 Uhr an der S-Bahn-Haltestelle Landwehr und endet um 15.00 Uhr auf dem Carl-von-Ossietzky-Platz an der Langen Reihe. Wir dokumentieren nachfolgend den Aufruf der Hamburger LINKEN zur Teilnahme am Umzug mit einer Abschlussveranstaltung in St. Georg.

Aufrüstung geht auf Kosten des Sozialen

Während die Bundesregierung in den letzten Jahren ein schuldenfinanziertes Sondervermögen ausschließlich für die Bundeswehr ins Grundgesetz geschrieben hat, sieht sie für Kitas, Schulen, Krankenhäuser und bezahlbare Mieten angeblich »keine Spielräume«. Die jährlichen Rüstungsausgaben sollen sich von knapp 62 Milliarden Euro im Jahr 2025 auf über 152 Milliarden Euro bis 2029 fast verdoppeln, während die Bundesregierung bei den sozialen Leistungen kürzt. Jeder zusätzliche Euro für Panzer, Drohnen und Kriegsschiffe fehlt in der Pflege, in der Kinder- und Jugendhilfe, im sozialen Wohnungsbau und im Kampf gegen Armut – das ist eine politische Entscheidung, keine Naturgewalt. Wir sagen: Geld ist genug da – aber es muss in soziale Sicherheit, Klimaschutz und öffentliche Infrastruktur fließen statt in die weitere Militarisierung.

Gegen Wehrpflicht und das »Werben fürs Sterben«

Während die Regierung ihre Rüstungsausgaben massiv steigert und eine Führungsrolle Deutschlands in der NATO propagiert, wird gleichzeitig über eine Rückkehr zur Wehrpflicht und neue Formen von Dienstpflicht diskutiert. Schon heute investiert der Staat Milliarden in Rekrutierungskampagnen und militärische Infrastruktur, statt jungen Menschen Perspektiven in Bildung und Ausbildung zu bieten. Wenn die Regierung zur Finanzierung der steigenden Militär-Ausgaben die Sozialbeiträge erhöht – etwa die Krankenkassen-Zusatzbeiträge 2025 um 0,8 Prozentpunkte auf 2,5 Prozent – und sie gleichzeitig plant, bei Rente, Bürger-



geld und Gesundheit zu kürzen, trifft das besonders Jugendliche, Azubis und Familien mit niedrigen Einkommen. Es ist heuchlerisch, Milliarden in Panzer und Kriegsschiffe zu stecken, während Schulen marode sind und dann die Bundeswehr mit Hochglanzwerbung in Klassenzimmern und auf Jobmessen um Nachwuchs wirbt. Wir sagen klar: Keine Wehrpflicht, keine Zwangsdienste, keine Werbung der Bundeswehr an Schulen – wir brauchen eine **zivile** Zukunft für junge Menschen statt Rekrutierung für Kriege.

Rüstungskontrolle und Völkerrecht statt neuer Blockkonfrontation

Mit dem anhaltenden Krieg Russlands in der Ukraine, den immer neuen völkerrechtswidrigen Interventionen der USA und einem ausgeweiteten Handelskrieg mit China drohen eine neue Blockkonfrontation, die komplette Aushebelung des Völkerrechts und eine tödliche Eskalationsspirale.

Die gleichen Regierungen, die heute die massiven Völkerrechtsbrüche Russlands beim Angriff auf die Ukraine zu Recht verurteilen, haben jahrelang selbst das Völkerrecht gebrochen. Diese doppelten Standards untergraben die Idee universeller Menschenrechte und machen das Völkerrecht zur Verhandlungsmasse der Stärkeren, statt zum Schutzschirm der Schwächeren. Wir sagen: Ob in Gaza, der Ukraine, in Venezuela oder im Iran – jedes gebrochene Menschenrecht, jeder Angriffskrieg und jede Kollektivstrafung sind Unrecht, egal von wem sie ausgehen. Deshalb müssen Waffenexporte gestoppt, internationale Gerichte gestärkt, Kriegsverbrechen konsequent verfolgt und die Vereinten Nationen gegenüber allen Großmächten unabhängiger werden. Nur wenn das Völkerrecht tatsächlich für alle gilt, kann es Kriege eindämmen, Unterdrückung zurückdrängen und eine **friedliche** und gerechte Weltordnung möglich machen.

Deshalb rufen wir alle Hamburgerinnen und Hamburger auf: Kommt zum Ostermarsch 2026, geht mit uns auf die Straße für Frieden, Abrüstung und soziale Gerechtigkeit! Gemeinsam können wir das Milliardenkarussell der Aufrüstung stoppen und eine solidarische Politik durchsetzen, die Menschen statt Waffen in den Mittelpunkt stellt.

Nein zu Olympia!

Die Linke

Fraktion Hamburg



Damit wirbt die hamburgische Linksfraktion schon seit Monaten.

NOlympia! Dabei bleibt's!

Von Michael Joho und Heike Sudmann

Der Senat lässt gegenwärtig keine Möglichkeit ungenutzt, für seine Olympia-Bewerbung Stimmung zu machen. Mehr oder weniger lauter, wie einige Meldungen der vergangenen Tage unterstreichen. Da verspricht er mal eben »für die Hamburgerinnen und Hamburger eine Million Tickets in der günstigsten Kategorie (in Paris 2024 24 Euro)«, wie das *Hamburger Abendblatt* am 18. März meldete. Auf der tags zuvor durchgeführten Pressekonferenz des Senats habe es »so einen Aufbruch politischer Prominenz [...] in Raum 151 des Rathauses lange nicht gegeben [...] Für Ehrenamtler und Menschen mit geringem Einkommen plant die Stadt ein kostenfreies Ticketkontingent«. Wie viel Geld der Senat dem privatwirtschaftlich agierenden Internationalen Olympischen Komitee (IOC) dafür wohl in Aussicht gestellt hat? Da passt ins Bild, dass

die SPD und die GRÜNEN am 25. Februar den Bürgerschaftsantrag der LINKEN abgelehnt haben, den Landesrechnungshof um ein Gutachten zu den Kosten etwaiger Olympischer Spiele in Hamburg zu ersuchen. Dies hatte er schon einmal gemacht, anlässlich des Olympia-Referendums 2015. Mit Blick auf die neuerliche, für den 31. Mai 2026 anberaumte Volksabstimmung meint taz-Autor André Zuschlag: »Da will Rot-Grün nicht dabei helfen, allzu tief ins Konkrete und in mögliche Lücken des Konzepts zu blicken«. Wer sich für den – abgelehnten – Antrag der Linksfraktion interessiert, schaut [hier](#).

Immerhin, der Senat legte am 11. März ein eigenes finanzielles Rahmenkonzept vor und – mensch lese und staune – bei einem Zuschlag für die Olympischen Spiele würde Hamburg nicht etwa ein dickes Minus einfahren, sondern angesichts berechneter Kosten in Höhe von 4,8 Milliarden Euro gegenüber den geplanten Einnahmen von 4,9 Milliarden Euro sogar einen Gewinn von 100 Millionen machen (NDR vom 11. März). Für wie doof hält uns die hiesige Landesregierung eigentlich? Am Tag der Verkündung dieses Finanzkonzepts hat die Linksfraktion u.a. darauf hingewiesen, dass in die projektierte Einnahmensumme ein Zuschuss des Bundes über 200 Millionen Euro eingehen würde. Rechnet sich so ein »Gewinn« zusammen? Zudem bleiben bei der senatsfreundlichen Rechnung die Kosten für öffentliche Dienstleistungen, insbesondere für Sicherheit im öffentlichen Raum völlig außen vor – bei der Olympiade in Paris 2024 waren dies sage und schreibe alleine 1,4 Milliarden Euro (Pressemitteilung der Linksfraktion vom 11. März).



Aus der senatsseitigen Olympiapropaganda, die in eine KI-generierte Visualisierung einer Welt führt, die als tot zu bezeichnen ein Euphemismus wäre.

Auch der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat sich jüngst mit dem hamburgischen Olympia-konzept auseinandergesetzt und kommt in seiner Presseerklärung vom 17. März zu dem ernüchternden Ergebnis: »Was in dieser langen Pressekonferenz fehlte, war die Klimabilanz der Spiele«. Aber es ist doch auch aus unserer Sicht bedeut-sam, den Faktor von hunderttausenden Zuschauer*innen, tausenden Athlet*innen, Funktionär*innen und Medien ver-treter*innen aus aller Welt in die Betrachtungen miteinzube-ziehen. »Fachleute sind sich einig«, führt Sabine Sommer aus, die Vorsitzende des BUND Hamburg. »Olympia kann in der jetzigen Gestaltung nicht klimakompatibel sein. Nicht weil

die Gastgeberstadt versagt. Sondern weil das Geschäftsmodell globale Mobilität voraussetzt. Das lässt sich nicht wegplanen. Der BUND Hamburg fordert die angekündigte grüne In-frastruktur und die Vernetzung von Grünflächen sowie den Ausbau des Fuß-, Fahrrad- und öffentlichen Verkehrs, ohne ein Megaevent Olympia.«

Die Initiative »NOlympia Hamburg« hat anschaulichkeits-halber mal aufgelistet, wie die rechnerische Bilanz der kürz-lich zu Ende gegangenen Olympischen Winterspiele Milano Cortina 2026 aussieht – und wie es sich mit den finanziellen Belastungen des öffentlichen Haushalts in Italien *im Nachhin-ein und damit de facto* darstellt:

NOlympische Bilanz Milano Cortina 26

Heute enden die Olympischen Winterspiele in Mailand und Cortina d'Ampezzo. Die Bilanz spricht klar gegen das IOC und Olympische Spiele und ist für die Debatte um eine Hamburger Olympiabewerbung relevant:

Öffentlicher Haushalt

Geplant: 1.3 Milliarden Euro. Realisiert: 5.7 Milliarden Euro.

Eintrittspreise

Zutritt zur Eröffnungsfeier: Durchschnittspreis ca. 870 – 1.200 Euro. Sportereignisse: ganz überwiegend ab 100 Euro.

Freiheitsrechte

Einführung von »Sicherheitsdekret«(in Italien. Ein präventi-ver Sicherheitsgewahrsam ermöglicht die »Feinde Italiens«, also diejenigen, die gegen Olympia demonstrieren, bei Ver-dacht wegzusperren.

Klimaschutz

Das CO₂-Schätzbudget von Milano Cortina beträgt eine Mil-lionen Tonnen CO₂ – für 14 Tage. Das ist mehr als das dop-pelte des CO₂-Budgets Hamburgs in 2040 & 2044 für 365 Tage und alle Sektoren (0,4 Millionen Tonnen CO₂). Im Un-terschied zum Hamburger Klimaschutzgesetz ermächtigen die IOC-Bilanzregeln dazu, mittels Zertifikatekauf CO₂ zu kompensieren. – Paris 2024 (2,1 Millionen Tonnen CO₂) ent-spricht dem fünffachen der in Hamburg 2040 und 2044 zu-lässigen Menge.

Neutralität des Sports

Das IOC kaufte die Filmrechte für Leni Riefenstahls Aufnah-men von 1936. Während der Winterspiele konnten Motive der 1936er Spiele im Fan-Shop erworben werden.

Immobilienpreise

Daten des Immobilienportals Idealista weisen in eine ähnl-iche Richtung wie die Studie zu PyeongChang 2018, die eine deutliche Verteuerung von Immobilien aufgrund der Spiele nachwies. Die Idealista-Daten, die auch nicht-olympische Ef-fekte enthalten, zeigen eine Beschleunigung von 6 bis 8 % jährlich gegenüber der vor-olympischen Periode.

Dazu Eckart Maudrich, Pressesprecher von NOlympia:

»Ob Winter- oder Sommerspiele – die Altlasten der Spiele ähneln sich: die Allgemeinheit zahlt massive Ausgaben-überschreitungen, die Top 10 Prozent, die sich die hohen Eintrittspreise leisten können, haben Spaß, während für alle die Immobilienpreise nachhaltig durch die Decke ge-hen, Freiheitsrechte beschränkt werden und ein CO₂-Fuß-abdruck erzeugt wird, der nur im Wege des Ablasshandels zukunftsfähig ist. Mit dem Kauf der Filmrechte für Leni Riefenstahls Aufnahmen der 1936er Spiele sowie dem Ver-kauf von Motiven der Nazi-Spiele sollte nun auch dem letz-ten klar sein, welche Werte das IOC vertritt.«

Von der [nolympia-Hamburg-Homepage](#) – dort finden sich auch die Belege für die einzelnen Angaben.



Von der [Homepage](#) der Linksfraktion Hamburg

Damit solche und weitere, die Auswirkungen von Olympi-schen Spielen beleuchtende Materialien möglichst unbeach-tet oder klarer noch: gezielt ausgeblendet werden, hat ausge-rechnet die Behörde für Inneres und Sport einen »Schulbrief« an alle Schulleitungen und Lehrkräfte gesandt. Darin ein gan-zes Konvolut von Unterrichtsmaterialien, um das Referen-dum am 31. Mai vorzubereiten. Recht einseitig allerdings, ohne Verweise auf kritische Einwürfe oder Websites. »Jugend indoktriniert für Olympia«, titelte die taz online am 17. März. Die Initiative NOlympia unterstreicht, dass der Senat mit die-ser Form der Einflussnahme die gebotene Neutralität und Ob-jektivität überschritten habe. Wer die behördlichen Unterla-gen einsehen und kritisch kommentiert sehen möchte, wird bei [fairspielen.de](#) fündig.

Nur gut, dass die Initiative NOlympia am 21. Februar insgesamt 19.423 Unterschriften beim Landeswahlleiter eingereicht hat – fast doppelt so viele wie nötig –, um damit die Aufnahme einer olympiakritischen Stellungnahme in den ansonsten olympiaeuphorischen Wahlunterlagen für das Referendum am 31. Mai zu erzwingen. Wer sich dieses Statement

schon einmal vorab genehmigen möchte, kann es [hier](#) nachlesen.

Ach ja, und wer sich noch einmal die Argumente und Parolen in Erinnerung rufen will, die beim damaligen Referendum aufseiten der erfolgreichen Olympia-Gegner*innen vor elf Jahren die Runde machten, kann [hier im Archiv](#) blättern.

Olympia in Hamburg: Was kostet uns das wirklich? Chancen, Risiken und Folgen für unsere Stadt

**Veranstaltung des Bundes der Steuerzahler Hamburg e. V.
Dienstag, 24. März, 18 Uhr, Handwerkskammer, Holstenwall 12**

Auf dem Podium Befürworter*innen und Kritiker*innen:

- Dr. Andreas Dressel (SPD), Finanzsenator der Freien und Hansestadt Hamburg
- Steffen Rülke, Leiter der Hamburger Olympia-Bewerbung
- Eckart Maudrich, Sprecher der Bürgerinitiative NOlympia Hamburg
- Heike Sudmann (DIE LINKE), Co-Fraktionsvorsitzende

Olympische Spiele in der eigenen Stadt. Ein Ereignis, das man vielleicht nur einmal im Leben erlebt. Bilder, Emotionen, internationale Aufmerksamkeit. Und gleichzeitig ein Projekt in Milliardenhöhe. Mit langfristigen Verpflichtungen, finanziellen Risiken und Entscheidungen, die Hamburg über Jahrzehnte prägen würden. Am 31. Mai stimmen die Hamburgerinnen und Hamburger über eine mögliche Bewerbung für die Olympischen und Paralympischen Spiele 2036, 2040 oder 2044 ab. Vision oder finanzielle Wette? Impuls für die Stadtentwicklung oder unkalkulierbares Risiko? Investition in die Zukunft oder Belastung kommender Generationen?

Wichtig: Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Eine Anmeldung ist erforderlich. Anmeldungen per E-Mail an: mail@steuerzahler-hamburg.de. Der Eintritt ist frei.

**NO OLYMPIA
HAMBURG**
Etwas Besseres als Olympia!

Und weiter unten veröffentlichen wir einen längeren Artikel des Sportwissenschaftlers Benjamin Bendrich, der sich mit den Taschenspielertricks beschäftigt, um den Hamburger*innen die Olympiabewerbung schmackhaft zu machen.



Gebäudeenergiegesetz und der Hamburger Klimaplan oder: Warum die geplante Reform ein Rückschritt ist

Von Janine Burkhardt und Stephan Jersch

Die Wärmewende ist einer der zentralen Bausteine der deutschen Klimapolitik. Insbesondere der Gebäudebereich gehört zu den größten Verursachern von CO₂-Emissionen, weshalb das Gebäudeenergiegesetz – umgangssprachlich auch »Heizungsgesetz« genannt – eine Schlüsselrolle bei der Reduktion fossiler Energien im Wärmebereich spielt. CDU/CSU und SPD im Bund wollen das Gebäudeenergiegesetz erneut verändern und haben im Februar die Eckpunkte zum neuen »Gebäudemodernisierungsgesetz« vorgestellt. Das Ziel: »Mit dem Gebäudemodernisierungsgesetz stellen wir die Weichen neu und lassen das bisherige Heizungsgesetz hinter uns.« (BMWE 2026).

Mit der letzten Reform des Gesetzes im Jahr 2023 wurde festgelegt, dass neu eingebaute Heizungen zu mindestens 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden müssen. Diese Vorgabe sollte den schrittweisen Ausstieg aus der fossilen Wärmeproduktion einleiten. Mit den nun vorgestellten Eckpunkten der neuen Bundeskoalition soll diese Vorgabe wieder gekippt werden. Eigentümer*innen sollen künftig wieder weitgehend frei entscheiden können, welche Heiztechnik sie installieren – auch neue Öl- und Gasheizungen sind dann möglich. Die einzige Vorgabe ist, dass ab 2029 eine Beimischung von klimafreundlichen Brennstoffen (10 Prozent) erfolgen muss, die schrittweise ansteigen soll. Als klimafreundliche Brennstoffe gelten Biomethan, grüner, blauer, orangener und türkiser Wasserstoff, Wasserstoffderivate sowie synthetisches Methan und Bioöl. Das Ziel kann auch rein bilanziell über Zertifikate erfüllt werden. Und hier ist schon das erste Problem. Öl und Gas werden zukünftig schon aufgrund des CO₂-Preises weiter im Preis steigen. Hinzukommt, dass »grüne« Brennstoffe wie Biomethan oder Wasserstoff langfristig sehr begrenzt zur Verfügung stehen und teuer sind. Die Abhängigkeit von fossilen Energien bleibt bei der Umsetzung der Eckpunkte bestehen – was insbesondere den Interessen der Gas- und Ölindustrie entgegenkommt. Die Dekarbonisierung des Gebäudesektors wird damit deutlich langsamer voranschreiten. Mieter*innen haben zudem das finanzielle Nachsehen, da sie überhaupt keinen Einfluss darauf haben, für welches Heizungssystem sich



Wenn nichts mehr geht (Foto: Pixabay.com)

die Vermietung des Wohngebäudes entscheidet. Insbesondere Haushalte mit geringen Einkommen werden zukünftig überproportional belastet werden – Mieter*innen tragen also das Kostenrisiko. Das Gesetzgebungsverfahren soll so gestaltet werden, dass das Gesetz bis zum 1. Juli 2026 in Kraft tritt (Eckpunkte Gebäudemodernisierungsgesetz 2026).

Für Hamburg hat die geplante Änderung eine besondere Relevanz, denn der Hamburger Senat setzt in seinem Zwischenbericht zum Hamburger Klimaplan (Umsetzungsstand 2025) u.a. auf die 65-Prozent-Vorgabe zum Einsatz von Erneuerbaren Energien bei der Gebäudewärme. So heißt es aus dem Bericht: »Seit dem Inkrafttreten der Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) im Jahr 2024 haben sich die regulatorischen Rahmenbedingungen maßgeblich zugunsten der Dekarbonisierung der Wärmeversorgung geändert« (S. 51). Diese Maßnahme wurde zudem mit der Verpflichtung zur kommunalen Wärmeplanung ergänzt. Die nun präsentierten Eckpunkte zum Gebäudemodernisierungsgesetz untergraben nun die klaren Rahmenbedingungen für Eigentümer*innen und die Möglichkeit eines beschleunigten Umstiegs auf klimafreundliche Technolo-

gien. Fallen die derzeitigen bundesrechtlichen Vorgaben, erschweren sie die Erreichung der Klimaziele Hamburgs und stellen damit ein unnötiges Hindernis in der Dekarbonisierung des Gebäudebereichs dar. Insbesondere da Hamburg in seinem Klimaplan stark auf den Ausbau der Fernwärme sowie auf Wärmepumpen im Gebäudebestand setzt. Die Wärmewende kann nur dann gelingen, wenn nationale Gesetze sowie kommunale Strategien und Investitionen konsequent ineinandergreifen.

Hamburg braucht einen Plan B. Wenn, wie kolportiert wird, es eine Länderklausel geben wird, dann ist Hamburg gefordert die alten Regelungen aufrechtzuerhalten, die Förderprogramme für die Wärmeversorgung in Wohngebäuden auf die Zielsetzung eines 65-prozentigen Anteils Erneuerbarer Energien bei Heizungstausch auszubauen und mit einer breiten Informationskampagne für Vermieter*innen und Wohnungseigentümer- und Hausbesitzer*innen auf die absehbare Kostenfalle für die Wärmekosten hinzuweisen. Steigende CO₂-Preise, mangelnde Verfügbarkeit ‚alternativer‘ Brennstoffe oder Verteilungskonkurrenz bei grünem Wasserstoff werden die Wohnungsnebenkosten für sehr viele unbezahlbar ma-

chen. Im Sinne des Zukunftsentscheids und der dort festgelegten Sozialverträglichkeit der Hamburger Klimapolitik verbietet sich der von der Bundesregierung eingeschlagene Weg.



Heizen wird immer teurer (Foto: Pixabay.com)

Politische Sensation: CDU entdeckt Heizungsgesetz – und ist entsetzt, dass es existiert

Von Janine Burkhardt

Die Bundesregierung hat im Februar ihre Eckpunkte zum neuen Gebäudemodernisierungsgesetz präsentiert, das das Gebäudeenergiegesetz – im Volksmund »Heizungsgesetz« ersetzen soll. Während in der Vergangenheit vor allem über die legendäre Vergesslichkeit von Olaf Scholz rund um dem Cum-Ex-Skandal gescherzt wurde, zeigt sich nun: Offenbar handelt es sich um eine ansteckende politische Gedächtnisschwäche, die inzwischen auch große Teile der CDU und CSU befallen hat.

Denn überraschenderweise wurde das viel kritisierte Heizungsgesetz gar nicht von Robert Habeck erfunden. Expert*innen fanden heraus: Die ursprüngliche Idee stammt ausgerechnet von der CDU selbst. Vielleicht werden Wissenschaftler*innen irgendwann dieses seltene Phänomen erforschen können, handelt es sich doch um den ersten dokumentierten Fall, in dem sich eine Partei so glaubwürdig über ein Gesetz empört, das sie selbst vorbereitet hat.

Stolz wie Bolle zeigt sich die CDU mit dem Eckpunktepapier, dass sie mit ihrem kleinen Koalitionspartner der SPD, erarbeitet hat und schwört auf das Konzept der Technologiefreiheit. Dies bedeutet im Kern, dass Bürger*innen völlig frei entscheiden können, welche Heizung sie nutzen, solange sie bereit sind, steigende Kosten zu tragen. Nur zu blöd, dass Menschen, die zur Miete wohnen diese Entscheidungsfreiheit gar nicht haben.

Während das Wort »Technologiefreiheit« sehr nach »Freiheit« klingt, entwickeln sich die Preise für Gas eher in Richtung »Zwang zur finanziellen Charakterbildung«. Wenn zudem

immer mehr Menschen aus ökologischen oder klimatischen Gründen auf klimafreundliche Technologien umsteigen, werden die Kosten für den Betrieb der Gasnetze auf immer weniger Kund*innen umgelegt. Ironisch könnte man dieses Modell als »Solidarität des letzten Kunden« verkaufen. Die versprochene Technologiefreiheit könnte sich für viele Haushalte also als eine besondere Form der Freiheit herausstellen – nämlich die Freiheit, zwischen sehr hohen und noch höheren Heizkosten zu wählen. Politiker*innen betonen jedoch, man wolle die Bürger*innen keinesfalls bevormunden. »Jede Person soll selbst entscheiden können, wie teuer ihre Heizung wird«, heißt es aus Parteikreisen.

Deutschland kann somit bald Vorreiter eines ganz neuen marktwirtschaftlichen Prinzips werden – statt »Sozialer Marktwirtschaft« gilt das Modell der »Marktwirtschaftlichen Selbsterziehung«. Wozu komplizierte Klimapläne schreiben, wenn die Heizkostenabrechnung ganz eigene pädagogische Ansätze entfalten kann. Die Botschaft ist klar: Der Staat schreibt niemanden vor, welche Technologien zu nutzen sind, sondern sorgt lediglich dafür, dass sich falsche Entscheidungen finanziell besonders eindrucksvoll anfühlen. Und wenn irgendwann doch jemand fragt, wie es eigentlich so weit kommen konnte, wird sich sicher wieder niemand mehr daran erinnern, wer die Idee ursprünglich hatte. Schließlich ist politische Gedächtnisschwäche in Deutschland längst eine bewährte erneuerbare Ressource.

Hinweis: Dieser Artikel könnte satirische Elemente enthalten.



Tierversuche in Hamburg:

14.775 getötete »überschüssige Versuchstiere«

Von Jens Schultz

Nach den Zahlen des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR), das jährlich die bundesweite Versuchstierstatistik vorlegt, stieg die Zahl von getöteten »überschüssigen Versuchstieren« in Hamburg im Jahr 2024 um 34 Prozent im Vergleich zum Vorjahr an. Es handelte sich dabei um 14.775 Mäuse, Ratten, Goldhamster und »andere Nager«, die ursprünglich für die Verwendung im Tierversuch vorgesehen waren, jedoch nicht »zum Einsatz« kamen und getötet wurden.

Damit nimmt Hamburg eine Sonderstellung ein, denn bundesweit sank diese Zahl um 19 Prozent. Doch wie kommt dieser starke prozentuale Anstieg in Hamburg nun zustande? Dazu hat Stephan Jersch eine Schriftliche Kleine Anfrage an den Senat gestellt.

Die Antwort des Senats fällt ernüchternd aus. Dieser hält die Zahl der 14.775 getöteten Hamburger »Überschusstiere« im Vergleich zur Gesamtzahl von 1,1 Millionen Tieren im Bund für niedrig und damit sei der prozentuale Vergleich mit anderen Ländern nicht aussagekräftig. Der Senat führt weiter

aus, dass die Tötung »für wissenschaftliche Zwecke gezüchtete Tiere, die ohne wissenschaftliche Verwendung getötet wurden«, nicht vorab genehmigt werden muss. Unberücksichtigt bleibt da auch, dass für die Tötung eines Tieres nach dem Tierschutzgesetz ein »vernünftiger Grund« vorliegen muss. Dieser »vernünftige Grund« ist bisher aber ein unbestimmter Rechtsbegriff, dennoch ist es gängige Praxis, wonach allein Tierschutzbeauftragte in den durchführenden Laboren entscheiden, dass »überschüssige« Versuchstiere getötet werden. Es besteht bisher auch keine Pflicht, dieses den Behörden zu melden, das ergab eine Nachfrage zur ursprünglichen Drucksache. Ansonsten sei der Senat nach eigener Aussage im »regelmäßigen Austausch« mit den ansässigen Tierversuchseinrichtungen. Wir werden dieses Thema auch zukünftig im Sinne der Versuchstiere und des Tierschutzes begleiten.

Die Bundesregierung plant parallel dazu derzeit, ein spezielles Versuchstiergesetz zu schaffen, um das Tierschutzgesetz auszuhebeln. Demnach könnten der Schutzstatus von Versuchstieren abgeschwächt und die Tötungen von »Überschusstieren« vorgenommen werden. Außerdem wird eine Reduktion der Kontrollen bei Tierversuchen diskutiert. Auch wenn dies bisher nur Planungen sind, so warnen zahlreiche Tierschutzorganisationen doch bereits vor dieser Entwicklung, schließlich könnte dies einen Eingriff ins Verfassungsrecht bedeuten, das alle Tiere, also auch Versuchstiere, bisher schützen soll. Hier ist also die Wachsamkeit aller Tierschützenden gefordert.

Wir bleiben dabei: Es muss dringend ein Ausstiegsplan her, der einen Weg raus aus den Tierversuchen einschlägt. Dazu bieten die immer weiter voranschreitenden Alternativmethoden ohne den Einsatz von Tieren bereits heute vielversprechende Ansätze.



AI-generiert

Versuchstier Maus – zur Tötung freigegeben auch ohne Versuch (generiert mit ChatGPT, März 2026)

TIPPS UND TERMINE

Kaum zu glauben, aber »Ein Leben ohne Privatjet ist machbar«, meinte eine taz-Kommentatorin süffisant in einem Kommentar am 11. Januar. Recht hat sie, erst recht, betrachtet mensch die neuesten Hiobsbotschaften von der ökologischen Front. Danach war **2025 mit 14,97 °C das drittheiße Jahr seit Wetteraufzeichnung**. Und was waren **die beiden anderen »Rekordjahre«? 2023 und 2024!** Damit lagen die globalen Jahrestemperaturen im Drei-Jahresschnitt 2023 bis 2025 erstmals um mehr als 1,5 Grad über dem Niveau der vorindustriellen Zeit, so die Wissenschaftszeitung »Spektrum« am 14. Januar.

Drei Architekturstudentinnen haben es gewagt und praktische Erfahrungen damit gesammelt, **ob es funktioniert und wie es ist, leer stehenden Büro- in bewohn- und bezahlbaren Wohnraum zu verwandeln**. Das gut lesbare Interview in der ZEIT vom 3. März zeigt die Möglichkeiten, aber auch die Probleme der Umgestaltung auf. Auf jeden Fall ist es gut und richtig, sich mit den Ideen und Erkenntnissen bei dieser Art von Umbau auseinanderzusetzen, schließlich erleben wir seit Längerem eine steile Zunahme des Büroerstandes. Laut dem weltweit agierenden Immobilienberatungsunternehmen Jonas Lang LaSalle (JLL) ist die **frei stehende Bürofläche in Hamburg auf 1,06 Millionen Quadratmeter angewachsen**, was einer Leerstandsquote von 6,7 Prozent entspricht. »Der Büroerstand wächst unerbittlich«, meldete auch die »Immobilienzeitung« am 1. Oktober 2025 mit Blick auf die deutschen »Top7-Städte«, in denen insgesamt rund 8,37 Millionen Quadratmeter im IV. Quartal letzten Jahres leer standen. Das sollte doch endlich zu Konsequenzen führen! Es sei immerhin angemerkt, so der NDR am 15. Februar, dass der Senat einen weiteren Anlauf für neue **Umwandlungs-Modellprojekte** nimmt. Vorbild sei dafür das sogenannte, aus Bundesmitteln geförderte **Pop-Up-Wohnen** in der Hafencity – leider nur ein minikleines Teil.

Zu den ältesten Wohnprojekten in Hamburg gehört das **Pantherhaus in St. Pauli**, schräg gegenüber von der Schilleroper. Mittlerweile seit **vier Jahrzehnten** leben hier Menschen verschiedener Generationen zusammen, ein Projekt, das auf die Ideen der Grauen Panther zurückgeht. **Ulrike**

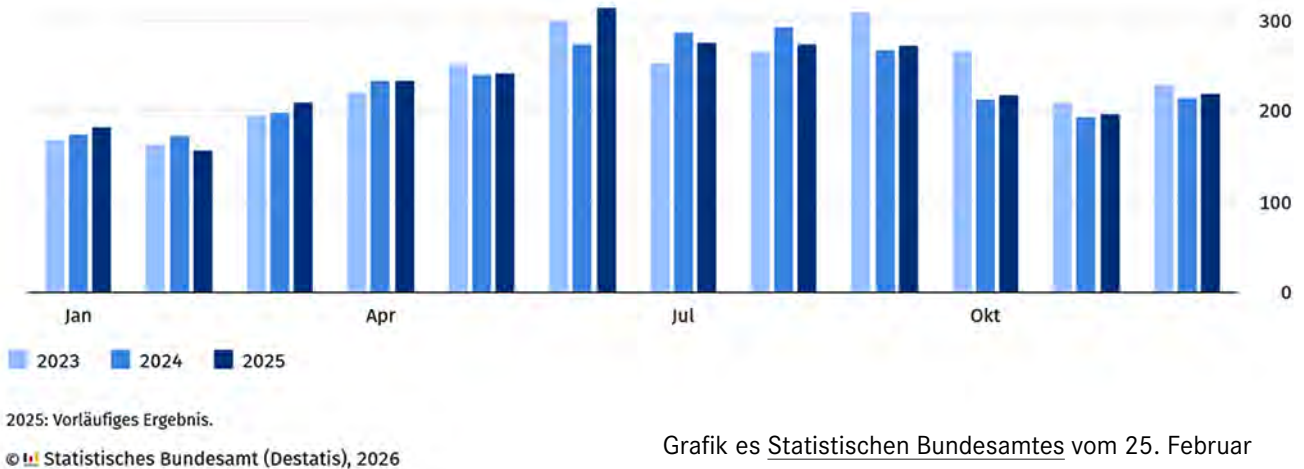


Petersen, wahre Zeitzeugin von Anfang an und erfahrene Beraterin von Wohnprojekten, erzählt in einem jetzt freigeschalteten **Podcast** eine knappe Stunde lang, wie es um gemeinschaftliches Wohnen im Pantherhaus bestellt war und ist. Sie berichtet offen und ehrlich »von Konflikten und Zusammenhalt, von Kinderwagen, Krücken – und von einer Wohnform, die Mut macht«. Zum Podcast gehts hier.

Schon etwas älter, aber gleichfalls spannend, ist eine Broschüre der Berliner Volksinitiative **Deutsche Wohnen & Co enteignen**, die sie im Januar 2023 herausgegeben hat. Sie trägt den Titel **Gemeingut Wohnen. Eine Anstalt öffentlichen Rechts für Berlins vergesellschaftete Wohnungsbestände**. Auf 35 Seiten wird ausgeführt, wie Wohnungsbestände in eine gemeinnützige Organisationsform überführt werden können. In Erinnerung gerufen wurde das Material erst kürzlich wieder, weil das vor einem Jahr reanimierte Netzwerk Recht auf Stadt die Diskussion um die Überführung der SAGA in eine AÖR, eine Anstalt öffentlichen Rechts, wiederaufgenommen hat. Guckst du hier.

Und wer weitere Anregungen sucht, wie es anders und besser laufen könnte mit dem Wohnungsbau und den -beständen, die oder den könnte vielleicht ein achtseitiges Infoblatt der **Friedrich-Ebert-Stiftung** inspirieren. Darin geht es nämlich um das Thema **Gemeinnütziger Wohnungsbau in Österreich. Ein nachhaltiges Finanzierungsmodell**. Mit Stand vom November 2025 wird über die Vorteile berichtet, die mit dem ausgebauten sozialen Wohnungsbau in Österreich – Wien ist da als leuchtendes Beispiel vielen sicher bekannt – seit Jahrzehnten einhergehen. Der Autor Gerald Kössl, Referent beim Österreichischen Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen, betont in seiner Schlussfolgerung, dass die **»gemeinnützigen Mietwohnungen in Österreich über die gesamte Bestandsdauer bezahlbar«** bleiben – »im Gegensatz zu Deutschland, wo Mietpreise im Rahmen der Wohnbauförderung und nur für einen bestimmten Zeitraum reguliert werden«. Wäre schön, wenn sich unsere sozialdemokratischen Freund*innen öfter mal die Papiere ihre parteinahen Stiftung vornähmen.

Der **Verein »Fuss e.V.«**, nach eigenem Verständnis »die Stimme für besseren Fußverkehr in Deutschland«, hat in seinem Newsletter von Ende Februar darauf hingewiesen, dass die Zahl der getöteten Menschen zu Fuß weiterhin hoch ist. »Das Statistische Bundesamt meldet für **2025** bei Fußgänger*innen »ein Plus von vier Getöteten« – abgesehen von der geschmacklosen Formulierung ein verkehrspolitischer Skandal. Demnach **starben auf Deutschlands Straßen 406 Menschen zu Fuß, alle 22 Stunden einer**. Die Zahl liegt seit Jahren in diesem Bereich.« Mehr im Newsletter.

Bei Straßenverkehrsunfällen Getötete nach Monaten

Grafik es Statistischen Bundesamtes vom 25. Februar

Vielleicht sollte ergänzt werden, was das Statistische Bundesamt in seiner **Unfallbilanz 2025** in seiner Pressemitteilung vom 25. Februar noch so mitgeteilt hat. Danach sind im vergangenen Jahr »in Deutschland **2.814 Menschen bei Unfällen im Straßenverkehr ums Leben gekommen** [...] 2 % oder 44 Todesopfer mehr als im Jahr 2024 (2.770 Todesopfer).«

Der Senat hat einen **Mobilitätsmonitor** aufgelegt, der einen aktuellen **Überblick über Entwicklungen im Rad- und Kfz-Verkehr sowie in der ÖPNV-Nutzung** bieten soll. Die Anwendung ist unter erreichbar. Weitere Informationen und Antworten auf häufig gestellte Fragen finden sich direkt in der Anwendung und auf hamburg.de.

Angesichts von 2,08 Euro je Liter Super noch am 16. März – fast 50 Cent teurer als vor drei Monaten und aktuell bis auf Dänemark und die Niederlande ein Viertel mehr als im europäischen Umland – ist vielen nur allzu klar, dass die Ölkonzerne den Krieg im Nahen Osten schamlos ausnutzen, um die **Benzinpreise explodieren** zu lassen. Dies wurde nun jüngst durch eine **Greenpeace-Studie** bestätigt, nach der die Preise »an den deutschen Zapfsäulen stärker steigen als an den Rohölbörsen«, wie die taz am 16. März online meldete. Laut Untersuchung **fahren die Ölkonzerne täglich einen Zusatzprofit von 21 Millionen Euro ein**. Die in der taz zitierte Greenpeace-Verkehrsexpertin Lena Donat fordert nun völlig zu Recht: »Die Bundesregierung muss diese unmoralischen **Übergewinne abschöpfen** und das Geld so investieren, dass wir künftig unabhängiger werden von fossilen Abzockern und Kriegsprofiteuren.«

Bereits angelaufen ist **bei der GEW Hamburg** (Rothenbaumchaussee 15, Raum ABC) eine **Ausstellung**, die sich

der NS-Aufarbeitung, genauer: den so genannten **Curiohaus-Prozessen vor 80 Jahren** widmet. Gemeint sind damit die 188 britischen Militärgerichtsverhandlungen (von insgesamt 329), die bis Dezember 1949 im Hamburger Curiohaus stattfanden. Verurteilt wurden hier u.a. die Täter*innen und Verantwortlichen des KZ Neuengamme und der Morde am Bullenhusener Damm. Die Ausstellung **NS-Kriegsverbrechen vor britischen Militärgerichten** ist noch bis zum 22. Mai zu besichtigen. Öffnungszeiten sind montags bis freitags jeweils von 10.00 bis 16.00 Uhr. Zudem sei auf die Veranstaltung **Die Hamburger Curiohaus-Prozesse. Das Nürnberg des Nordens?** hingewiesen, die im Rahmen der Ausstellung am **Mittwoch, den 25. März**, um 18.00 Uhr im Haus der GEW stattfindet. Um eine **Anmeldung** wird für die Ausstellung gebeten, für die Vortragsveranstaltung mit deren Kuratoren ist sie erforderlich. Mail an info@gew-hamburg.de. Weitere Veranstaltungen zu den Prozessen hier.

Um den **Bahnknoten Hamburg** geht es auf der nächsten Veranstaltung der Initiative **Prellbock Altona e.V.**, ebenfalls am **Mittwoch, den 25. März**, um 19.00 Uhr im großen Saal der Werkstatt3 (Nernstweg 32). Den Fachvortrag an diesem Abend wird Roland Ernst von der »DB Infra GO Hamburg« halten. Der Referent hatte zuletzt Ende November 2024 auf dem Infotag des »Dialogforums Schiene« im Altonaer Museum zu diesem Thema gesprochen.

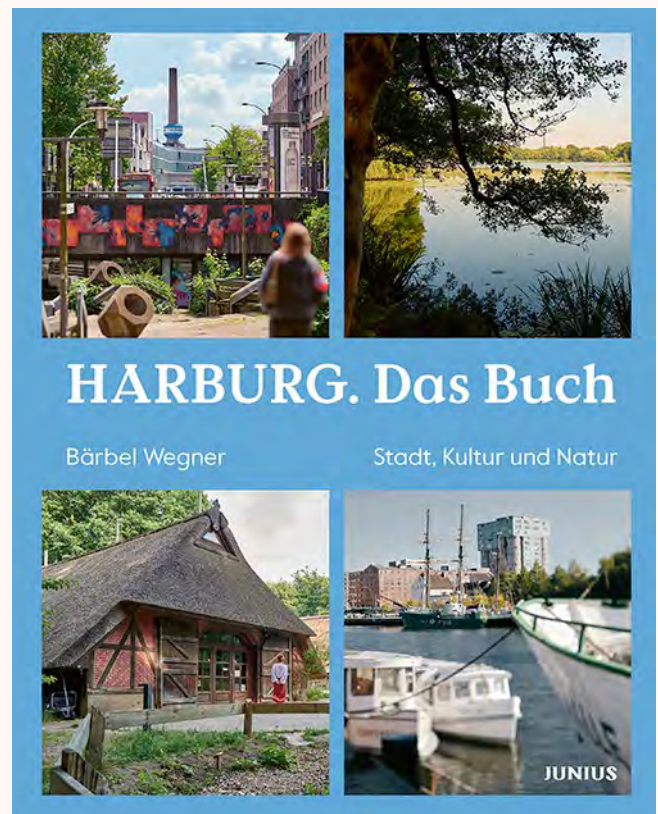


Mehr zur Initiative und zur Veranstaltung auf der Website.

Ein neues Harburg-Buch hat das Licht der Öffentlichkeit erblickt. **Bärbel Wegner** hat es verfasst, **Steven Haberland die Fotos beigesteuert**. Und am **Donnerstag, den 26. März**, wird es um 19.00 Uhr in der Bücherhalle Harburg (Eddelbüttelstraße 47a) nochmals vorgestellt. Der Eintritt beträgt 5 Euro. Lassen wir die Autorin selbst zu Wort kommen: »2025 habe ich, begleitet vom Fotografen Steven Haberland, ein neues Buch über Harburg im Junius Verlag veröffentlicht. In acht Kapiteln nehme ich die Leserinnen und Leser mit durch den Binnenhafen und das grüne Harburg, stelle engagierte Menschen und kulturelle Initiativen vor, zeige Angebote für Kinder und porträtiere ein kluges, vielfältiges Harburg. Als jemand, die im Landkreis Harburg lebt, richte ich zusammen mit Steven, der in Neugraben aufgewachsen ist, meinen Blick bewusst auf die Menschen, Orte und Netzwerke, die Harburg heute prägen und lebendig machen. Das Buch will weder Werbroschüre noch Studie sein. Es ist mein Beitrag dazu, dass es lohnt, diesen häufig unterschätzten Stadtteil zu entdecken.« Mehr zur Arbeit der Autorin u.a. unter text.pertin bei Instagram.

Das im Junius-Verlag 2025 erschienene Buch hat 136 Seiten und kostet 24,80 Euro.

Karenztage, Zahnversorgung, Arbeits- und Teilzeit usw., die amtierende Bundesregierung aus CDU und SPD legt womöglich gleich an mehrere Errungenschaften der Arbeiter*innen- und Gewerkschaftsbewegung die Axt an. Auch



die Lebensarbeitszeit bzw. das Renteneintrittsalter stehen mal wieder auf dem Spiel. Am **Samstag, den 28. März**, wird Sarah Vollath, die rentenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE die Entwicklungen erläutern. Und natürlich auch die rentenpolitischen Vorstellungen der LINKEN für ein gutes, den Lebensstandard sicherndes Leben auch im Alter. Es geht also um nichts weniger als **Arbeiten bis 70 oder Renten wie in Österreich?** Die **Veranstaltung der AG Senior*innenpolitik der Hamburger LINKEN** findet im Büro der Altonaer LINKEN (Am Felde 2) statt und beginnt um 15.00 Uhr.

Erinnern oder Lernen? So ist eine Veranstaltung am **Dienstag, den 31. März**, 18.00 bis 19.30 Uhr, in der Zentralbibliothek (Hühnerposten) überschrieben. Es geht dabei um **Emotionen, Wissen und Rituale in der Gedenkstättenarbeit zu den NS-Verbrechen**. »Gedenkstätten sind sowohl Orte der Trauer und des Gedenkens als auch Orte der Produktion, Vermittlung und Bewahrung von Wissen«, heißt es in der Ankündigung. »Doch wie verhalten sich diese beiden Funktionen zueinander und wie hat sich dieses Verhältnis historisch entwickelt?« Teilnehmende der Diskussion sind Frauke Untiedt (Hamburger Öffentliche Bücherhallen), Prof. Dr. Oliver von Wrochem (Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte), Gottfried Kößler (ehem. Fritz-Bauer-Institut, Frankfurt am Main), Swenja Granzow-Rauwald (KZ-Gedenkstätte Neuengamme), Dr. Verena Haug (Anne Frank

Zentrum, Berlin), Dr. Ulrike Löffler (Historikerin, Chemnitz) und die Moderatorin Jennifer Farber (Zentrum für Erinnerungskultur, Duisburg) – wow, was für ein Podium! Um Anmeldung wird gebeten. Wer nicht vor Ort sein kann oder will, es gibt auch einen Livestream. Näheres [hier](#).

Wer hat Angst vorm Berufsverbot?, diese Frage ist Thema des nächsten taz-Salons am **Dienstag, den 7. April**, um 19.30 Uhr im betahaus (Eifflerstraße 43). Es geht dabei um die **von der Hamburger Landesregierung geplante Regelanfrage beim Verfassungsschutz für alle Neuanstellungen der Stadt**. Damit würde Hamburg wieder einmal als Vorreiter einer bundesweiten Gesetzgebung gelten, wie schon bei den Berufsverboten vor gut 50 Jahren. Wird da unter dem Deckmantel des Kampfes gegen Rechtsextreme und Islamisten etwas vorbereitet, was in den 1970er-Jahren als sogenannter Radikalenerlass vor allem Linke betroffen hat? Diskutieren werden dieses brisante Thema Hans Peter de Lorent (früheres Berufsverboteopfer und späterer Oberschulrat), Dennis Paustian-Döscher (haushaltspolitischer Sprecher der GRÜNEN-Fraktion in der Bürgerschaft), Benjamin Ruß (aktuell Betroffener aus Bayern), Olaf Schwede (DGB Nord), Sarah Timmann (justizpolitische Sprechern der SPD-Bürgerschaftsfraktion) und Kaija Kutter (taz-Redakteurin und Moderatorin).

Um **Die Zukunft der Energieversorgung in Hamburg** geht es auf einer Veranstaltung der Patriotischen Gesellschaft am **Montag, den 13. April**. Gleichzeitig als Festveranstaltung zum **261. Gründungstag** der altherwürdigen Organisation konzipiert geht es thematisch um die Frage, wie Hamburgs Klimaziele (doch noch) erreicht werden können und welche Rolle dabei die Energieversorgung spielt. Zu Gast ist Kirsten Fust, profunde Kennerin der Materie und Sprecherin der Geschäftsführung der Hamburger Energiewerke. Um [Anmeldung](#) wird gebeten.

Alles was wissenschaftlichen Rang und linken Namen hat, trifft sich am **Samstag, den 18. April**, in Frankfurt am Main, genauer im Saalbau Schönhof (Rödelheimer Straße 38) zum gemeinsamen **Ratschlag**. Dort tagen die Macher*innen und Redakteur*innen der **marxistischen bzw. sozialistischen Zeitschriften und Thinktanks Luxemburg, Marxistische Blätter, Sozialismus** und *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*. Es geht thematisch um nichts weniger als die **Kapitalistische Krise und die Entwicklung nach rechts**. Aus Hamburg werden in den Arbeitsgruppen u.a. der Autor und *Sozialismus*-Mitherausgeber Joachim Bischoff und die Sozialwissenschaftlerin und *Z-Redakteurin* Kim Lucht dabei sein, von altvorderer Seite nicht zuletzt Frank Deppe und Heinz Bierbaum. Der Eintritt ist frei, um Spenden wird gebeten. Weitere Infos unter diesem [Link](#).



Save the date, lässt sich da angesichts verschiedener, in Bälde stattfindender wichtiger Tagungen nur sagen. Nehmen wir beispielsweise die **5. AktiKo-Konferenz**, die am **17./18. April** die Parole **Zukunft? Macht? Sinn!** im Gymnasium Lerchenfeld (Lerchenfeld 10) bearbeitet (weitere Infos [hier](#)).

Oder die Feierlichkeiten zum **100-jährigen Bestehen der antifaschistischen Erholungs- und Begegnungsstätte Heideruh** (Ahornweg 45, Buchholz in der Nordheide) am **Sonntag, den 19. April**, ab 16.00 Uhr. Über das umfangreiche Jubiläumsprogramm, aber auch die Geschichte dieser für mehrere Generationen so wichtigen Einrichtung informiert die 40-seitige [Broschüre](#) »Heideruh 2026«.



Oder die **18. Konferenz zur sozialen Spaltung**, die am **Donnerstag, den 23. April**, von 9.30 bis 17.00 Uhr im Gewerkschaftshaus (Besenbinderhof 57a) stattfindet. Das diesjährige Motto lautet: Wer bekommt Recht, wer nicht? ([Hier](#) weitere Infos).

Und dann noch der Blick ganz weit über Hamburg hinaus, und zwar auf das **Recht-auf-Stadt-Forum 2026**, dass dieses Mal vom **12. bis 14. Juni** Offenbach zum Tagungs-ort gemacht hat.

In memoriam Rolf Becker

Von Michael Joho

Bereits in der Ausgabe des »Bürger*innenbriefes« vom Dezember 2025 hatten wir den Nachruf der Hamburger LINKEN auf Rolf Becker (31.3.1935 in Leipzig bis 12.12.2025 in Hamburg) veröffentlicht. Der bekannte Schauspieler, Gewerkschafter und Antifaschist wurde seitdem vielfach gewürdigt in längeren Nekrologen. Auch die Gedenkveranstaltungen am 7. Januar dürften vielen noch nahe vor Augen stehen, morgens die Trauerfeier in der St. Georger Dreieinigkeitskirche, nachmittags die Urnenbeisetzung auf dem Ohlsdorfer Friedhof und abends das Beisammensein in der Kantine des Deutschen Schauspielhauses. Ich selbst war allen drei Veranstaltungen dabei, habe ich, hat mein Stadtteil St. Georg doch einen guten Freund und einen jahrzehntelangen Mitstreiter verloren, der immer da war, wenn wir ihn brauchten.

Eine besondere Freude hat mir vor Kurzem Sylvia Wempner, Rolfs Ehefrau, gemacht. Sie hat mir einen knapp 40-minütigen Link zu einem Auftritt von Rolf am 11. September 2023 gemailt. An diesem Tag hatte er auf dem Allende-Platz nahe dem Abaton-Kino über den Putsch der chilenischen Militärs gegen die gewählte Regierung des Sozialisten Dr. Salvador Allende gesprochen. Genau 50 Jahre zuvor, am 11. September 1973, wurde ein revolutionär-demokratischer, die ganze fortschrittliche Welt tief berührender Aufbruch im Blut tausender Opfer ertränkt. Dass diese Konterrevolution



Transparent der »Föderation Demokratischer Arbeitervereine e.V.« (DIDF) auf dem Ohlsdorfer Friedhof am 7. Januar (Foto: Michael Joho)

in enger Zusammenarbeit mit der US-amerikanischen Regierung, speziell dem damaligen Sicherheitsberater bzw. Außenminister und »Friedensnobelpreisträger« Henry Kissinger erfolgte, war für mich als Kind der Chile-Solidaritätsbewegung eine Lehre fürs Leben. Wer Rolfs Auftritt, seine Ausführungen zu Pablo Neruda und das Verlesen von Allendes letzter, im Rundfunk übertragener Rede vom 11. September 1973 nacherleben möchte, schaut [hier](#).

Anlässlich seines Geburtstags erinnern wir:



ROLF BECKER

09. April 2026, 18 Uhr
Heinrich-Wolgast-Schule (Lange Reihe)



DIDF-Ankündigung für den 9. April

Rolf Becker
31. März 1935 – 12. Dezember 2025



Gedenkreden und Beiträge vom 7. Januar 2026

In der St. Georgskirche
Auf dem Ehrenfeld Geschwister-Scholl-Stiftung, Friedhof Ohlsdorf
In der Kantine vom Deutschen Schauspielhaus
Auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz, 10. Januar

Titelseite der Gedenkbroschüre für Rolf

Auch für die Föderation Demokratischer Arbeitervereine e.V. (DIDF) spielte der Internationalist Rolf eine wichtige Rolle. Der Verein – und mit ihm u.a. das Auschwitz-Komitee und der Einwohner*innenverein St. Georg – lädt nun für **Donnerstag, den 9. April**, ein zu einer weiteren Veranstaltung **um 18.00 Uhr in der (P)Aula der Heinrich-Wolgast-Schule** am Carl-von-Ossietzky-Platz an der Langen Reihe. Mitten in Rolfs jahrzehntelangem Wohnviertel St. Georg soll aus Anlass seines Geburtstages an diesem Abend an das vielfältige Engagement des großen Künstlers erinnert werden. Eine Lesung wird von Michael Weber & Christoph Finger geben, Musik kommt von Joram Bejarano & Kutlu Yurtseven sowie vom St. Georger Stadtteilchor Drachengold, sprechen werden u.a. Norma van der Walde, Antje Kosemund, Norman Paech, jemand von der DIDF Hamburg und vom Team Kernfilm, Cem Ince.

Besonders erfreulich an diesem Abend wird auch sein, dass die bis dahin rechtzeitig fertiggestellte 40-seitige Broschüre mit den Trauer- und Gedenkbeiträgen vom 7. Januar und der Rosa-Luxemburg-Konferenz vom 10. Januar erstmals ausgegeben werden kann. Gestaltet von Andreas Hesse wird sie herausgegeben und finanziert vom Einwohner*innenverein St. Georg von 1987 e.V., der Geschichtswerkstatt St. Georg e.V. (von 1990), der Ev.-Luth. Kirchengemeinde St. Georg-Borgfelde sowie der Gruppe Arbeiterpolitik, der Rolf jahrzehntelang angehörte.



50 JAHRE PUTSCH IN CHILE 50 JAHRE WIDERSTAND

Veranstaltungsplakat vom 11. September 2023 mit Rolf als Redner (Quelle)

45 Jahre BUND Hamburg – Umweltbewegung mit Wirkung

Von Milena Fischer, Leitung Kommunikation beim BUND Hamburg

Manchmal beginnen politische Veränderungen mit wenigen Menschen, die sich einmischen. Auch beim BUND Hamburg war das so. Als sich 1981 engagierte Hamburgerinnen und Hamburger zusammenschlossen, um Natur und Umwelt in der wachsenden Großstadt zu schützen, ahnte wohl niemand, welche Wirkung dieses Engagement einmal entfalten würde.

Heute, 45 Jahre später, ist aus dieser Initiative eine starke Gemeinschaft geworden: Rund 12.000 Mitglieder unterstützen den BUND Hamburg. Damit ist der Verband inzwischen größer als jede politische Partei in der Stadt – und wächst jährlich weiter. Zum Vergleich: Die SPD Hamburg zählt gut 10.000 Mitglieder, die Grünen rund 6.700, die CDU etwa 6.000 und DIE LINKE rund 5.500 Mitglieder. Der Einsatz für Natur, Klima und Umwelt bewegt also viele Menschen in Hamburg. Und er wirkt. In den vergangenen Jahrzehnten hat der BUND Hamburg die Umweltpolitik der Stadt immer wieder geprägt.

45 Jahre Engagement mit politischen Erfolgen

Schon in den 1980er-Jahren trug der Verband maßgeblich dazu bei, den Boehringer-Dioxinskandal öffentlich zu machen und strengere Umweltauflagen durchzusetzen. Auch der Schutz wertvoller Naturräume wurde früh zu einem zentralen Anliegen: Das Schnaakenmoor konnte vor Austrocknung

bewahrt werden, die Volksdorfer Teichwiesen wurden dauerhaft gesichert.

Immer wieder hat der BUND mit seinen Aktiven politische Debatten angestoßen und konkrete Veränderungen erreicht. Der erfolgreiche Volksentscheid zum Rückkauf der Energienetze gehört ebenso dazu wie der Einsatz für den Kohleausstieg in Hamburg.



Der BUND Hamburg in Aktion (Fotos: Jörg Farys)



Weitere Infos zum BUND auf seiner Homepage

Auch vor Gericht hat der Verband wichtige Erfolge erzielt. Erst im vergangenen Jahr erklärte das Bundesverwaltungsgericht den Planfeststellungsbeschluss für die Autobahn A26 Ost für vorläufig rechtswidrig. Ein Urteil mit Signalwirkung: Klimaschutz muss bei Infrastrukturprojekten stärker berücksichtigt werden.

Neben der politischen Arbeit engagieren sich viele Aktive praktisch für Natur und Umwelt. Sie pflegen Streuobstwiesen, retten Amphibien, renaturieren Gewässer und bringen Kindern und Erwachsenen die Natur näher. Orte wie das Haus der BUNDten Natur in Eppendorf oder der Naturerlebnisgarten in Wilhelmsburg stehen beispielhaft für diese Arbeit.

Jubiläumsjahr 2026:

Mitmachen ausdrücklich erwünscht

Das 45-jährige Bestehen feiert der BUND Hamburg mit einem umfangreichen Programm. Mehr als 120 Veranstaltungen laden im Laufe des Jahres dazu ein, Hamburgs Natur zu entdecken und selbst aktiv zu werden.

Zu den Höhepunkten gehören der BUND-Campus im März mit einem fachlichen Austausch zu zahlreichen Themen aus Umweltpolitik und Naturschutz, der Pflanzentauschmarkt im Naturerlebnisgarten Wilhelmsburg, das »Breakfast in Green«, einem gemeinsamen Picknick auf der für den Verkehr gesperrten Langen Reihe, der Volksdorfer Teichwiesentag, das Naturfestival Wildes Wilhelmsburg sowie die Norddeutschen Apfeltage im Herbst.

Die Botschaft dahinter ist einfach: Natur- und Umweltschutz funktioniert nur gemeinsam. Wer sich engagieren will, findet beim BUND viele Möglichkeiten.

Die nächsten Herausforderungen

Auch nach 45 Jahren bleibt viel zu tun. Die Klimakrise verschärft sich, wertvolle Flächen verschwinden unter Beton, und immer wieder werden technische Scheinlösungen als Klimaschutz verkauft.

Der erfolgreiche Hamburger Zukunftsentscheid für ein ambitioniertes Klimaschutzgesetz zeigt: Viele Menschen wollen mehr Tempo beim Klimaschutz. Jetzt kommt es darauf



Natur erleben und begreifen für Klein und Groß.

an, dass Politik und Verwaltung diese Ziele auch konsequent umsetzen.

Gleichzeitig wird in Hamburg über neue Technologien wie die Abscheidung und Speicherung von CO₂ (CCS) diskutiert. Vor allem bei der Müllverbrennung soll damit angeblich »unvermeidbares« CO₂ technisch entsorgt werden. Der BUND ist entschieden gegen solche Pläne, denn statt das Entstehen von Emissionen zu reduzieren, droht CCS vor allem den fossilen Status quo zu verlängern. Wirksamer Klimaschutz beginnt, wo Emissionen gar nicht erst entstehen: durch weniger Müllaufkommen, eine echte Kreislaufwirtschaft und den konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Entsiegelung von Flächen. Mit der Initiative »Abpflastern« setzt sich der BUND dafür ein, versiegelte Flächen wieder zu begrünen. Das verbessert das Stadtklima, schützt vor Überschwemmungen und schafft neue Lebensräume für Pflanzen und Tiere.

Eine Einladung: Sei Teil einer starken Gemeinschaft

Die Geschichte des BUND Hamburg zeigt: Große Veränderungen beginnen oft mit wenigen Menschen, die sich einmischen. So war es 1981 bei der Gründung des Verbandes. Und so ist es bis heute.

Viele umweltpolitische Fortschritte in Hamburg wären ohne dieses Engagement nicht erreicht worden. Doch angesichts von Klimakrise, Artensterben und Flächenversiegelung bleibt noch viel zu tun.

Damit die nächsten Kapitel dieser Geschichte geschrieben werden können, braucht es weiterhin Menschen, die den BUND unterstützen. Ob als zahlendes Mitglied oder aktiv engagiert: jede Form der Unterstützung hilft und ist wertvoll. Je mehr Menschen hinter dem BUND stehen, desto größer die politische Durchsetzungskraft.

Der BUND Hamburg lädt deshalb im Jubiläumsjahr alle, die Natur und Klima in unserer Stadt schützen wollen, dazu ein, Mitglied zu werden oder sogar aktiv mitzumachen und mitzugestalten und Teil einer starken Gemeinschaft zu werden. Darum, jetzt Mitglied werden!

Interessierte finden das Jahresprogramm des BUND Hamburg hier.

Taschenspielertricks an der Elbe?

Der nachfolgende Text stammt von Dr. Benjamin Bendrich, nach eigenen Angaben Sportwissenschaftler, Lehrer und Blogger. Er war bereits im Sommer 2025 Gast im Hamburger Rathaus, auf einer Veranstaltung der Linksfraktion zu Olympia. Wir danken dem Autor für die Freigabe und die »Abdruckmöglichkeit« in diesem BB.

Wie Hamburg seine Bürger*innen mit Wissenschaft von Olympia überzeugen will

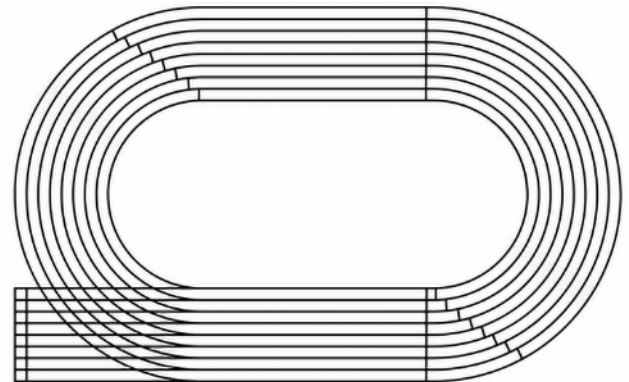
Von Benjamin Bendrich*

der ball lügt nicht sport and politics always mix

In den vergangenen Wochen und Monaten haben die deutschen Bewerberstädte umfangreiche Werbekampagnen betrieben. Insbesondere in den sozialen Medien war die Präsenz durch intelligentes Marketing bemerkenswert. In München entschied sich die Stadt, im Rahmen ihrer eigenen Agenda-Settings im Vorfeld der Volksabstimmung Informationsbroschüren zu verteilen, die ausschließlich die Argumente für die Ausrichtung der Olympischen Spiele enthielten. Der Vorwurf der Manipulation wurde erhoben, wobei Kritiker von Desinformation gegenüber der Bevölkerung sprachen.

Parallel dazu prognostizieren die Befürworter der Bewerbung Hamburg bereits Einnahmen im dreistelligen Millionen-Euro-Bereich für die Hansestadt. In Hamburg wird der Sport mit Nachdruck als Wirtschaftsmotor präsentiert, wobei die Gründe für die Waghalsigkeit dieser Prognose im Folgenden erläutert werden. Berlin postuliert, die einzige Stadt mit internationaler Strahlkraft zu sein, an der kein Weg vorbeiführt. Die Tatsache, dass die städtischen Finanzen angespannt sind und Baustellen der Hauptstadt sich in Bereichen wie z. B. in der hohen Kinder- und Altersarmut, die über dem Bundesdurchschnitt liegt, befinden, wird nicht erwähnt. Köln-Rhein-Ruhr bezeichnet das eigene Konzept als das nachhaltigste, aufgrund der zahlreichen vorhandenen Spielstätten in den Metropolregionen.

Als Sportwissenschaftler und Anhänger des Sports befürworte ich ein Land, das reich an Bewegung und sportlichen Möglichkeiten ist. Eine psychisch gesunde und stabile Bevölkerung, unabhängig vom Alter, benötigt ein breites Spektrum an Bewegungsangeboten. Es ist unbestreitbar, dass jede Form des Sports, von Gesundheitssport über traditionellen Breitensport hin zum Leistungssport, in einer funktionierenden Gesellschaft eine Bedeutung hat. Als Sportsoziologie bin ich entsetzt über die einseitige Darstellung der Auswirkungen von Olympischen Spielen, insbesondere angesichts der zunehmenden Evidenz für die umfangreichen negativen Konsequenzen dieses Großereignisses, die in den Bewerberstädten unzureichend oder gar nicht diskutiert werden. In sämtlichen



Städten/Regionen wird von den kommunalen Behörden eine positive Grundhaltung gegenüber den Olympischen Spielen gefördert. Es vergeht kein Tag, an dem sich Einzelpersonen, Vereine oder Institutionen nicht für die Olympischen Spiele aussprechen und die Städte für die Ausrichtung werben. Dieses Fürsprechen stellt im Grunde kein Problem dar, sofern Städte und Organisatoren gleichzeitig auch die negativen Auswirkungen der Bewerbung und Ausrichtung der Spiele diskutieren und eine offene, transparente Debatte rund um die Spiele ermöglichen würden.

Selbst im Fall einer umfangreichen und transparenten Aufklärung der Bevölkerung wäre es machbar, die Bevölkerung über die emotionale Ebene für die Ausrichtung zu begeistern. Diese wichtige, ausgewogene Aufklärung erfolgt jedoch nicht; stattdessen werden in allen Ausrichterstädten hohe Umsätze und sogar ökonomische Gewinne vorhergesagt. Eine detaillierte Auseinandersetzung mit den negativen Aspekten fehlt. Alle beteiligten Institutionen und Personen haben ein Interesse an der Ausrichtung der Spiele. Politiker*innen streben danach, diejenigen zu sein, die sich öffentlichkeitswirksam für den Leistungssport engagieren und die Spiele in die Stadt gebracht haben. Sportverbände erhoffen sich eine verstärkte Unterstützung durch Bund und Land, während Sportfunktionäre auf einen weiteren Ausbau der Sportstrukturen und eine zusätzliche Professionalisierung im Breitensport sowie auf höhere Positionen im organisierten Sport hoffen. Sogar Tageszeitungen geraten in einen journalistischen Konflikt, da sie sich bei einer Bewerbung und Ausrichtung über umfangreiche Berichterstattung bereits Jahre vor den Spielen und während der Wettkämpfe freuen. Häufig gehen Zeitungen in den Gastgeberländern sogar offizielle Partnerschaften mit dem Internationalen Olympischen Komitee ein oder werden selbst Sponsoren, was absurd erscheint, aber beispielsweise

in Tokio geschehen ist. Selbst Sportwissenschaftler können sich nicht vollständig abkoppeln, auch sie können auf eine Erhöhung der Drittmittel für Studien im Bereich des Leistungssports hoffen. Wer beabsichtigt, sich in einem solchen Gefüge noch gegen die Spiele auszusprechen? Das Ergebnis ist eine hegemoniale Interpretationsdominanz, die mit dazu beiträgt, dass Kritik an dem Projekt als illegitim betrachtet wird.



Die Städte vermarkten die Olympischen Spiele als willkommenes Infrastrukturprogramm. Es ist alarmierend, wie viele Millionen Euro die Bewerberstädte und Regionen für den internen deutschen Wettbewerb aus Steuergeldern bereits investiert haben, insbesondere angesichts der häufig angespannten finanziellen Situation der Bewerberstädte und der Kürzungen der Fördermittel im Breitensport (siehe Berlin). Nebelkerzen von mehr Wohnungen und neuem Nahverkehr werden kontinuierlich entzündet. Die lokale Wirtschaft wird durch das Versprechen von gesteigerten Umsätzen und verbesserter Infrastruktur angelockt. Es wird übersehen, dass in den vergangenen Jahrzehnten speziell multinationale Großkonzerne von den Olympischen Ringen profitiert haben, während der Mittelstand eher unter erhöhten Immobilienpreisen und Mieten gelitten hat.

Nun richten wir unsere Aufmerksamkeit explizit nach Hamburg. Es wird der Bevölkerung und der Wirtschaft ein erheblicher Anstieg der Einnahmen im hohen Millionenbereich in Aussicht gestellt. Die Versprechen, die in zahlreichen Aussagen auf die HWWI-Studie (Hamburgisches Weltwirtschaftsinstitut) verweisen, werfen jedoch mehrere grundlegende Fragen auf, die auch die anderen Bewerberstädte indirekt betreffen. Ein direkter Vergleich, wie er in der Hamburger Wirtschaftsstudie durchgeführt wurde, zwischen dem regulären Sportbetrieb mit seinen Sportveranstaltungen in einer Stadt und der Ausrichtung der Olympischen Spiele ist mehr als fragwürdig. Die unbestreitbare Stärke der Sport-

wirtschaft im Bundesland Hamburg (z. B. jeder Arbeitsplatz im Hamburger Sport sichert 2,3 Arbeitsplätze, siehe S.8 in der HWWI-Studie) impliziert nicht zwangsläufig, dass Hamburg in der Lage wäre, die Olympischen Spiele erfolgreich auszurichten, und dieses Großereignis automatisch zu weiterem wirtschaftlichen Wachstum führen würde. Ein Vergleich wäre eher wie der Versuch, den Erfolg eines lokalen Wochenmarkts in einem Stadtteil Hamburgs mit der Eröffnung eines neuen Großfestivals (wie dem Lollapalooza) zu vergleichen. Beide Bereiche sind mit der »Wirtschaft« verbunden, jedoch unterscheiden sich die Skalen, Akteure, Zeiträume und finanziellen Risiken grundlegend. Eine gründliche Untersuchung sollte die jeweiligen spezifischen Auswirkungen berücksichtigen. Der Hamburger Sportbetrieb, der sowohl im Breiten- als auch im Profisport über gute Strukturen verfügt, weist einen Sportkalender auf, der über das gesamte Jahr verteilt mit einigen Höhen und Tiefen durchzogen ist. Eine solche Struktur stellt eine gänzlich andere Situation dar als die bei Olympischen Spielen, bei denen die Wettkämpfe konzentriert in einem sehr kurzen Zeitraum stattfinden. Die Olympischen Spiele sind sowohl zeitlich als auch räumlich stark konzentriert. Die ökonomischen Auswirkungen des Spielbetriebs in Hamburg zeichnen sich im Vergleich zu den Olympischen Spielen durch wiederkehrende, kleinere Einnahmen aus, die teilweise auch auf einzelne Stadtteile wie St. Pauli beschränkt sind. Die Olympischen Spiele hingegen erfordern erhebliche einmalige Investitionen, deren nachhaltige Wirkung anzuzweifeln ist. Der lokale Sport zielt auf Anhänger*innen, Bewohner*innen und Sponsoren mit lokaler Verbindung ab. Bei den Olympischen Spielen profitieren insbesondere das IOC durch erhebliche Steuervergünstigungen und internationale Großkonzerne. Lokale Sponsoren verfügen weder über die finanziellen Ressourcen, um sich an den Olympischen Spielen zu beteiligen, noch um von diesen zu profitieren.

Die allgemeinen Aussagen der HWWI-Studie bezüglich des Wirtschaftsfaktors Sport sind unbestreitbar und in der Studie nachvollziehbar belegt. In Bezug auf die sehr wenigen Erwähnungen im Kontext der Olympischen Spielen, wird hier das Phänomen des sogenannten »Cherry Picking« genutzt. Die Untersuchung zitiert ausschließlich positive Beispiele von Olympischen Spielen wie Atlanta (Arbeitsplätze, siehe Feddersen, Maennig, 2023 auf S. 75 in der Fußnote 7 der HWWI-Studie) und Salt Lake City (Profit für die Sport- und Freizeitindustrie, siehe Baumann, Engelhardt, Matheson, 2012, gleiche Fußnote), während die (zahlreichen) negativen Beispiele unerwähnt bleiben. Insbesondere die letzten drei Jahrzehnte waren von erheblichen Budgetüberschreitungen und gravierenden sozialen Konsequenzen in den Gastgeberstädten geprägt. Ein Beispiel hierfür ist die Fußnote, in der darauf hingewiesen wird, dass die Spiele nicht zu der gewünschten Steigerung der Touristenzahlen führen. Dieser Aspekt wird jedoch in den Schlussfolgerungen der Studie nicht weiter thematisiert. Da die Untersuchung ausschließlich auf den Hamburger Sport fokussiert ist, werden die negativen Konsequenzen des Großereignisses, wie Gentrifizierung, soziale Verteilungseffekte (Kostenübernahme durch die Gastgeberstadt), Umwelt-

kosten, steigende Mietpreise, Militarisierung und Greenwashing, nicht berücksichtigt.

Ein weiterer Mythos besteht darin, dass die Olympischen Spiele die Bevölkerung zu vermehrter körperlicher Aktivität anregen. Dies wurde bereits mehrfach widerlegt, insbesondere eindrucksvoll bei den Olympischen Spielen in London 2012. Dieses Ziel wird effektiver durch regelmäßige sportliche Aktivitäten in den Vereinen erreicht, die Integration, Gesundheit und Jugendförderung fördern.



Noch mehr kritische Informationen über Hamburgs Olympiabewerbung gibt es unter <https://fairspielen.de/>

Die Studie betont die positiven Beispiele von Sportveranstaltungen in der Stadt Hamburg (HYROX, Triathlon, Tennismeisterschaften, die beiden Fußballbundesligisten HSV und St. Pauli usw., S.76-106). Dies führt auch zu einer fehlenden Diskussion über potenzielle alternative Einsatzmöglichkeiten der veranschlagten 8 bis 10 Milliarden Euro. Die Opportunitätskosten könnten einen bedeutenden Wandel für die Stadt darstellen. Liegt bei den zuständigen Personen eine Ignoranz gegenüber den negativen Externalitäten vor? Das Problem besteht darin, dass die Studie und die präsentierten Daten aus einem kleinen lokalen System auf ein wesentlich größeres, anders organisiertes System übertragen werden, ohne zu berücksichtigen, dass diese Größenunterschiede ab einem bestimmten Punkt erhebliche qualitative Veränderungen hervorrufen und nicht nur quantitative (Maßstabsirrtum). Ein angesehenes Triathlon-Ereignis mit 300 000 Zuschauer*innen, dessen Kosten sich auf mehrere Millionen Euro belaufen, lässt sich schwer mit dem global größten Megasporetevent der Welt vergleichen (S. 76–81). Die Budgets und Auswirkungen der Ausrichtung sind so unterschiedlich, dass ein solcher Vergleich, der übrigens auch immer wieder in München mit den European Championships angestellt wird, unangebracht ist. Zwei Studien der Universität Oxford belegen, dass die Budgets der Olympischen Spiele seit den 1960er-Jahren durchschnittlich um 176 % überschritten wurden (siehe Flyvberg, 2016, 2021).

Es ist daher befremdlich, dass viele beteiligte Personen behaupten, die Situation bezüglich der Olympischen Spiele habe sich seit der Volksabstimmung im Jahr 2015 erheblich verändert, das IOC habe Reformen initiiert, die nun Wirkung zeigen würden, und daher sei eine Bewerbung nun sinnvoll.

Dies lässt sich anhand wissenschaftlicher Erkenntnisse nicht im Geringsten belegen. Ferner adressiert die HWWI-Studie keinen der Aspekte, die für die Bevölkerung 2015 wichtig waren und auch gegenwärtig beschäftigen, was jedoch nicht das primäre Ziel der Studie war. Es fehlt eine Analyse der Kosten der Spiele, der Verdrängung, des Gigantismus oder der Militarisierung der Spiele. Die Begründung der neuen Wirtschaftstudie ignoriert so den demokratisch geäußerten Willen der Bürger*innen.



Protest vor der Handelskammer am 21. Oktober 2023 (Foto Archiv Kollektiv)

Die viel zitierte Studie, von der Handelskammer Hamburg finanziert, soll den ökonomischen Aspekt des organisierten Sports, Hamburg als Wirtschaftsstandort und die positiven Auswirkungen auf die Wirtschaft illustrieren. Die Forschung wird von einer Einrichtung finanziert, die ein Interesse an den Resultaten hat. Es resultiert folglich ein geschlossener Kreislauf: Die Handelskammer initiiert die Studie, die politischen Akteure verwenden diese zur Begründung ihrer Bewerbung, was den großen Mitgliedern (Großunternehmen) der Handelskammer zugutekommt.

Folglich stellt der in der Studie hergestellte Vergleich keineswegs einen Indikator für potenziellen Erfolg dar, sondern wird von den Befürworter*innen der Spiele als eine öffentlichkeitswirksame Ablenkung missbraucht. Diese interpretieren ihn als ein »Na siehste« und hinterfragen ihre eigene Interpretation nicht. Es scheint, dass die Ergebnisse der Auftragsforschung gut zu den politischen Agenden passen, was dazu führt, dass kritische Nachfragen von den Befürworter*innen ausbleiben. Das grundlegende Problem besteht nicht in der Studie selbst, sondern in der Art und Weise, wie sie politisch instrumentalisiert wird. Die Untersuchung liefert Antworten auf Fragen bezüglich der lokalen Sportökonomie in Hamburg, wird jedoch als Antwort auf eine gänzlich andere Frage (die Machbarkeit der Olympischen Spiele) herangezogen, die in der Studie nicht adressiert wurde, ein typischer epistemischer Irrtum. Wenn dies bewusst geschieht, ist dies ein Missbrauch der wissenschaftlichen Autorität der beteiligten Forscher*innen, da diese die Schlussfolgerung nicht ziehen. Das Muster ist demnach eindeutig: Legitime Daten werden aus dem methodischen Kontext gezogen, um sie für den eigenen Argumentationsstrang zu nutzen, für den die Stu-

die ursprünglich nicht konzipiert wurde. Daher ist die Studie selbst nicht zu hinterfragen, sondern erst nachfolgend durch die Interpretation der Beteiligten als Irreführung der Öffentlichkeit.

»Wer noch einen Nachweis dafür braucht, wie Hamburg von Olympia profitieren kann, sollte diese Studie lesen« (Innensenator Grote)

Die Argumentationskette wird schnell deutlich: Der Sportsektor in Hamburg erzeugt eine Wertschöpfung von 5,3 Milliarden Euro und schafft über 14.000 Arbeitsplätze (HWWI-Studie, S. 7, 68). Die Sportveranstaltungen in Hamburg generieren Tourismus und Medienpräsenz, was gemäß der Studie letztlich zu einem Wirtschaftswachstum beiträgt. In diesem Zusammenhang werden die Olympischen Spiele als das weltweit größte Sportereignis dargestellt. Die problematische Schlussfolgerung, die von den beteiligten Personen aus diesen Fakten gezogen wird, ist: Bewerbung für die Ausrichtung des größten Sportereignisses der Welt. Doch rechtfertigt die gegenwärtige Wertschöpfung der Hansestadt die Ausrichtung dieses Großereignisses?

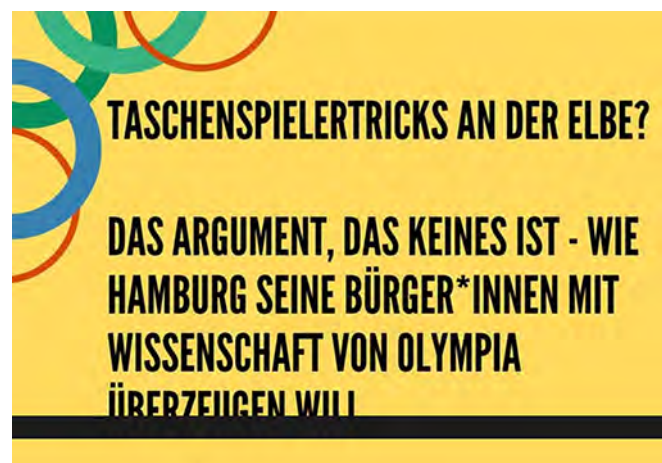
Warum ist die Argumentationskette für die Spiele dennoch so effektiv? Die in der Studie dargelegten Zahlen (5,3 Milliarden Euro, über 14.000 Arbeitsplätze) sind beeindruckend, jedoch liegt ein Trugschluss darin, von der Größe auf die Kompetenz zu schließen und dabei die Unterschiede in den Kategorien zu übersehen. Aufgrund der positiven Zahlen wird Hamburg als sportlich bedeutsam wahrgenommen, was die Olympischen Spiele als logische Folge erscheinen lässt.

Die Studie und das Referendum

- Was wäre zu tun, um weitere Fehlinterpretationen zu vermeiden? Folgende Fragen, die in der Studie nicht untersucht wurden, könnten helfen:
- Welchen Nutzen bringen die Spiele für die Stadt und die Region (Kosten-Nutzen-Analyse)?
- Wo liegen die realistischen Gesamtkosten, einschließlich eines umfassenden Risikopuffers (Risikoanalyse)?
- Welche olympische Infrastruktur ist nicht vorhanden?
- Wird eine Machbarkeitsstudie für die Infrastruktur durchgeführt?
- Welche finanziellen Aufwendungen sind für die Errichtung neuer Infrastruktur erforderlich?
- Welche Bestimmungen sind im Host-City-Vertrag festgelegt?
- Welche Zusicherungen müssen Hamburg und Deutschland dem Internationalen Olympischen Komitee (IOC) garantieren?
- Was geschieht im Anschluss mit der geplanten Infrastruktur?
- Wer trägt die finanziellen Belastungen im Falle einer Budgetüberschreitung?
- Wie gestaltet sich das Konzept der Nachhaltigkeit?
- Was hat Hamburg aus dem Vergleich mit London, Rio, Tokio und Paris gelernt?
- Wird ein juristisches Gutachten zu staatlichen Garantieverpflichtungen erstellt?

Die Studie adressiert diese Fragen nicht, da sie nicht für deren Beantwortung konzipiert wurde. Die Befürworter greifen auf die HWWI-Studie mit ihren beeindruckenden, jedoch irrelevanten Zahlen zurück, um sich für die Olympischen Spiele zu positionieren, ohne dabei auch nur eine der aufgeworfenen Fragen ansatzweise zu beantworten – ein fahrlässiges Vorgehen. Es wird auf das erhebliche Potenzial der sportlich aktivsten Stadt Deutschlands hingewiesen und darauf, dass der positive Einfluss des Wirtschaftsmotors Sport erneut vervielfacht würde. Diese Behauptung entbehrt jedoch jeglicher empirischer Fundierung. Viele Gastgeberstädte zeigen nach den Spielen keinen signifikanten Wachstumsanstieg im Vergleich zu anderen Metropolen (siehe Preuss, 2004). Es gibt deutliche Indikationen, dass die Städte, die als Gastgeber für Olympische Spiele fungierten, ohne diese Veranstaltung ein stärkeres Wachstum verzeichnet hätten (siehe Zimbalist, 2015).

Eine erneute Volksabstimmung ist angemessen, um zu ermitteln, ob sich die öffentliche Meinung bezüglich der Olympischen Spiele gewandelt hat. Eine unabhängige Machbarkeitsstudie mit internationalen Vergleichen, eine umfassende Kosten-Nutzen-Analyse und insbesondere eine ausgewogene politische Diskussion zu diesem Thema sind unerlässlich. Ferner wäre es sinnvoll zu untersuchen, welche Auswirkungen die gleichen finanziellen Mittel in anderen gesellschaftlichen Sektoren wie dem Wohnungsbau oder dem Klimaschutz haben würden. Die vorliegende Untersuchung liefert keine Antworten auf die aufgeworfenen Fragen. Daher erscheinen Aussagen über potenzielle Einnahmen und Ausgaben als unangemessen. Sie wirken vielmehr wie ein klassischer Taschenspielertrick. Liegt hier Schönfärberei vor?



* Gerne machen wir auf die [Homepage](#) von Benjamin Bendrich aufmerksam. Interessierte finden ihn auf folgenden Plattformen – und er freut sich über Vernetzung, Diskussionen und Kollaborationen: [LinkedIn](#), [Bluesky](#), [Bluesky \(Blog\)](#), [Instagram](#), [Threads](#), [Facebook](#).

Sein Blog kann auch abonniert werden. Für Anfragen, Vorträge oder Kooperationen steht er gerne zur Verfügung (benjamin.bendrich@web.de).

Herzlichen Glückwunsch zum 20-Jährigen!

Seit gut zwei Jahrzehnten ist das »Hamburger Bündnis gegen Rechts« (HBgR) engagiert, um sich gegen Rechtsentwicklung, alte und neue Nazis zu wehren. Das meint nicht nur die Aufklärung über rechtspopulistische Gruppen und Personen, das bezieht sich vor allem auch auf die Aktionen, die das Bündnis seit 20 Jahren auf die Beine bringt. Wir sind sehr froh über diesen überparteilichen Einsatz, die Expertise und die Positionen, die das HBgR lebt und gestaltet. Und wir sind stolz darauf, dass DIE LINKE als Teil des Bündnisses am Kampf gegen Rechts, aber auch an der Schaffung einer antifaschistischen Gesellschaft mitwirken kann. Wir sagen allen Aktiven des Bündnisses die

allerherzlichsten Grüße zum Geburtstag. Und fühlen uns vereint auf der Grundlage des Schwurs der überlebenden Buchenwald-Häftlinge 1945: Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Auf zwei Seiten lassen wir das Bündnis selbst zu Wort kommen, ganz am Ende dieses BB macht unser Kulturtipp auf die Veranstaltungen anlässlich des Jubiläums aufmerksam. Hier zunächst etwas zum Selbstverständnis des HBgR »Über uns«, auf der nächsten Seite dann eine Art Grundsatzerklärung des Bündnisses, die »Hamburger Erklärung gegen Rassismus und Faschismus« (und zu guter Letzt die Einladung zur Jubiläumsfeier).



**HAMBURGER BÜNDNIS
GEGEN RECHTS**

Von der Homepage des HBgR

Über uns

Das Hamburger Bündnis gegen Rechts besteht seit 2005. Bei uns ist Platz für alle, die fremdenfeindliche, rechtsextreme, antisemitische und rassistische Äußerungen, Gewalttaten und Anschläge sowie menschenverachtende Hetze, Terror und faschistische Morde nicht länger hinnehmen wollen.

Das Hamburger Bündnis gegen Rechts besteht aus unabhängigen antifaschistischen Zusammenhängen, Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen. Trotz zum Teil erheblicher Differenzen in Einzelfragen und Themen arbeiten wir mit dem Ziel antifaschistischen Handelns zusammen. Beschlüsse werden im Bündnis gemeinsam gefasst und auch gemeinsam umgesetzt. **Arbeitsgrundlage ist die gemeinsam erarbeitete *Hamburger Erklärung gegen Rassismus und Faschismus*.** [Siehe diese Erklärung auf der nächsten Seite.]

Größere Aktionen waren die Kampagne »Keine Stimme den Nazis« zur Hamburger Bürgerschaftswahl im Februar 2008, die antifaschistische Großdemonstration gegen den geplanten Naziaufmarsch am 1. Mai 2008 in Hamburg-Barmbek, die Kampagne »Schöner Leben ohne Naziläden« gegen den Thor-Steinar-Laden in der Hamburger Innenstadt, die Kampagne »Aktion Brauner Sack« zur Entsorgung neofaschistischer Propaganda an NPD-Infoständen, unsere antifaschistische Demonstration und Blockaden gegen den Naziaufmarsch am 2. Juni 2012, die Demonstration anlässlich des Jahrestages der Aufdeckung des NSU im November 2012, die Großdemonstration gegen den geplanten Nazi-Hooligan-Aufmarsch am 12. September 2015 und die

Demonstration mit Abschlusskonzert »Zeit für einen Aufschrei« vor der Roten Flora am 9. September 2017 gegen den Einzug der AfD in den Bundestag und für eine solidarische Gesellschaft.

Seit 2009 sind wir Mitveranstalter des jährlichen Ohlsdorfer Friedensfestes gegen neofaschistische Gedenkpolitik auf dem Ohlsdorfer Friedhof.

Mit der Aktion »Mittwochs Gemeinsam Gegen Rechte Hetze« haben wir 2015 eine starke Plattform für lautstarken Protest gegen die MMW/Merkel-muss-weg-Demonstrationen rechter Hetzer geschaffen.

Gegen Verschwörungsideolog*innen, Coronaleugner*innen, Reichsbürger*innen, Antisemit*innen und andere »Schwurbler*innen« gingen wir im Januar 2022 auf die Straße und forderten »Solidarität und Aufklärung statt Verschwörungsideologien«.

Seit 2011 setzen wir uns für einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Aufarbeitung des NSU-Komplexes auch in Hamburg ein und haben die Aufarbeitung selbst vorangetrieben.

Seit 2019 betreiben wir gemeinsam mit der VVN-BdA den Blog [AfD-Watch-Hamburg](#). Er ist ein Informationspool für alle, die sich kritisch und aktuell mit der AfD Hamburg auseinandersetzen wollen.

Wer Informationen und Einschätzungen zu allem sucht, was die extreme Rechte angeht, findet eine größere Anzahl von antifaschistischen Publikationen auf der Homepage des Bündnisses, u.a. die beiden Eigengewächse unten.



Broschüre 2015 mit 44 Seiten



40-Seiten-Broschüre 2026

Hamburger Erklärung gegen Rassismus und Faschismus

Im Hamburger Bündnis gegen Rechts ist Platz für alle, die fremdenfeindliche, rechtsextremistische, antisemitische und rassistische Äußerungen, Gewalttaten und Anschläge sowie menschenverachtende Hetze, Terror und Mordtaten der Faschisten nicht länger dulden wollen. Wir laden alle demokratisch gesinnten Menschen – gleich welcher Herkunft, Religion, Weltanschauung oder Parteizugehörigkeit – ein, mit uns im *Hamburger Bündnis gegen Rechts* zusammen zu arbeiten und mit ihren [ihnen] zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen. Die Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsextremismus und Rassismus ist eine zentrale Aufgabe der Gesellschaft. Um ihr gerecht zu werden, ist eine ständige Aufklärung über die Umtriebe und die Ideologie der Nazis sowie ihre gesellschaftlichen Wurzeln erforderlich. Daran wollen wir arbeiten.

Offener und organisierter Neofaschismus ist die eine Seite der Medaille. Die andere Seite: Rassistische Erklärungsmuster und Orientierungen entspringen aus gesellschaftlichen Konkurrenzverhältnissen. Sie sind kein Randproblem, nicht jugendspezifisch und nicht regional einzugrenzen. Sie werden gefördert durch gesellschaftliche Verhältnisse, die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit bis zur Vernichtung des Konkurrenten erfordern, Ungleichheit und Abbau sozialer Errungenschaften als Fortschrittsmotor rechtfertigen und da-

mit Entsolidarisierung und die Bereitschaft zur Ausgrenzung, Diskriminierung und Verachtung Anderer notwendig hervorbringen.

Wir stellen uns gegen eine Ausländer- und Asylpolitik, die Menschen nach ihrer Nützlichkeit für die Wirtschaft beurteilt und ihnen die Gleichberechtigung vorenthält. Wir brauchen eine humane Flüchtlings- und MigrantInnenpolitik. Deshalb wenden wir uns gegen die seit zwei Jahrzehnten andauernde Demontage des Asylrechts, gegen die rigorose Abschiebepolitik, gegen Ausgrenzung und Isolierung von Flüchtlingen durch Zwangsunterbringung in Lagern. Wir treten ein für das uneingeschränkte Asylrecht, Bleiberecht für Flüchtlinge sowie für gleiche Rechte und Bewegungsfreiheit für alle Menschen.

Solidarisches Verhalten und Zivilcourage bis hin zu zivilem Ungehorsam tun not. Nicht zuletzt, wo Mitmenschen von Nazis angegriffen werden, wo wir selbst Faschisten gegenüberstehen, wo wir etwa im Beruf gezwungen werden sollen, an Herstellung und Verbreitung rassistischer und faschistischer Machwerke mitzuwirken. In diesem Sinne sind alle Bürgerinnen und Bürger, gerade auch die politischen Verantwortlichen, aufgefordert, »Gesicht zu zeigen«. Nur so kann sich eine demokratische Gesellschaft behaupten und weiterentwickeln, die soziale Umgestaltung und Demokratisierung von Staat und Wirtschaft vorangetrieben und damit gleichzeitig auf al-

len Ebenen den Faschisten der Nährboden entzogen werden. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

Wir setzen uns ein für:

- Die vollständige Auflösung der NPD und aller faschistischen Organisationen
- Die Unterbindung jeglicher Nazi-Aktivitäten auf Straßen und in öffentlichen Einrichtungen.
- Die Verweigerung von Plakatflächen für Nazi-Werbung.
- Die Unterstützung aller Menschen, die ihre Mitwirkung an Herstellung und Verbreitung rassistischen und faschistischen Gedankenguts verweigern.
- Eine Auseinandersetzung in Betrieben, Schulen, Hochschulen, Jugendclubs usw., die auf der Grundlage kompromissloser Ablehnung rassistischer, antisemitischer und faschistischer Ansichten und entsprechenden Verhaltens alle Möglichkeiten zu Aufklärung und Überzeugung nutzt.
- Dabei ist vorrangig der Zusammenschluss von bedrohten Menschen und AntifaschistInnen zu gemeinsamem Handeln zu fördern.
- In diese Arbeit sollen überlebende GegnerInnen des deutschen Faschismus und Mitglieder antifaschistischer Organisationen einbezogen werden.
- Die Förderung antifaschistischer Basis-Initiativen auch mit öffentlichen Mitteln.
- Gegen jegliche Ausgrenzung und Diskriminierung – für Gleiche Rechte für alle Menschen.



Auf der Demo gegen Rechts am 16. Januar 2025 (Foto Archiv Kollektiv)

- Die Zurückweisung aller Versuche, im Namen des »Kampfes gegen den Rechtsextremismus« allgemeine demokratische Rechte einzuschränken.
- Die Diskussion über alternative Gesellschaftsmodelle, in denen Faschismus keine Chance hat.

»Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig.«

(Aus dem Schwur der Häftlinge und Freiheitskämpfer des Konzentrationslagers Buchenwald, 19. April 1945)

Hamburger Bündnis gegen Rechts

VSA: Neue Bücher jetzt schon oder bald erhältlich



Joachim Rock
Armut? Abschaffen!
Wege zur Überwindung von Ausgrenzung in einem reichen Land | Fakten, Hintergründe, Vorschläge
160 Seiten | € 14.80
ISBN 978-3-96488-249-3



David Harvey
Marx' »Grundrisse« lesen
Ein Begleiter für Einsteiger und Fortgeschrittene
Aus dem Englischen von Mareike Borger, Leo Koch und Klara Steenken
432 Seiten | € 29.80
ISBN 978-3-96488-187-8



Garnet Alps/Carsten Maaß/Uwe Stoffregen
Gewerkschaft, ja bitte!
Ein Handbuch für Betriebsräte, Vertrauensleute und Aktive | 5. aktualisierte Ausgabe 2026
480 Seiten | Hardcover viele Abbildungen | € 24.80
ISBN 978-3-96488-250-9



Laura Bremert/Markus Hoppe/Bettina-Johanna Krings/Werner Schmidt (Hrsg.)
Der Betrieb als sozialer Ort im Umbruch
Kollegialität und Solidarität trotz Homeoffice, New Work und Agilität?
184 Seiten | € 16.80
ISBN 978-3-96488-247-9



Ingar Solty
Innere Zeitenwende
Die Militarisierung des Alltags, von Wissenschaft und Kultur | Eine Flugschrift
120 Seiten | € 12.00
ISBN 978-3-96488-259-2

Mehr Informationen zu diesen Titeln und zu zahlreichen weiteren Neuerscheinungen gibt es unter

www.vsa-verlag.de

Kulturtipp Erst reden, dann feiern!

Von Michael Joho

Wie auf den beiden vorangegangenen Seiten zu lesen, kann das Hamburger Bündnis gegen Rechts (HBgR) auf ein zwanzigjähriges Wirken zurückblicken. Und das tun die Mitstreiter*innen dieses Zusammenschlusses am Samstag, den 28. März, quasi einen ganzen Tag lang in der Markthalle (Klosterwall 11). Schließlich sind zwei Jahrzehnte konsequenten antifaschistischen Engagements kleine Selbstverständlichkeit. Und das will tagsüber ausreichend gewürdigt und abends ausgelassen gefeiert werden!

Am besagten 28. März geht es um 12.00 Uhr mit einer antifaschistischen Konferenz los. »Zum Auftakt werfen wir einen Blick zurück auf zwei Jahrzehnte Bündnisarbeit und richten den Fokus anschließend auf aktuelle Entwicklungen«, so die Ankündigung des HBgR, »den Rechtsruck, rechte Angriffe auf CSDs sowie zunehmende Repressionen. In verschiedenen Workshops könnt ihr euch intensiver austauschen – etwa zu Rechtsruck im Betrieb, rechtem Kulturkampf oder rechten Strukturen in Hamburg und Umgebung. Außerdem informieren *Family & Friends* gemeinsam mit der *Roten Hilfe* über den aktuellen Stand im sogenannten Budapest-Komplex. Den Abschluss bildet eine Podiumsdiskussion mit Perspektiven für die zukünftige antifaschistische Arbeit – kommt vorbei, diskutiert mit und bringt euch ein! Begleitend dazu laden Infostände von langjährigen Bündnispartner*innen, Initiativen und Organisationen dazu ein, die Vielfalt antifaschistischen Engagements in Hamburg kennenzulernen, Fragen zu stellen und selbst aktiv zu werden.«



Ab 19.00 Uhr steigt dann die Jubiläumsfeier mit einem abwechslungsreichen Kulturprogramm. Das Bühnenprogramm aus Musik, Lesung und Magie wird u.a. bestritten von Albrecht Schrader, Charlott Green, Fritzi Ernst, König Boris, Liedfett, Louis Ottley, Manuel Muerte, monoslug., Moritz Etorena und ok. Durch den Abend führt Didine van der Platenvlotbrug. Einige Initiativen und Gruppen ergänzen das Programm mit kurzen Beiträgen.

Als Eintritt wird um eine Spende gebeten, für Menschen, die wenig geben können 10 bis 15 Euro, für solche, die durchschnittlich viel geben können 20 bis 30 Euro, allen anderen ist nach oben keine Grenze gesetzt. →

Mit diesem Bürger*innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger*innenbrief per E-Mail (in der Regel) monatlich beziehen oder aber nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Stephan Jersch, Abgeordnetenbüro Weidenbaumsweg 19, 21029 Hamburg